



Brüssel, den 12. Juni 2015
(OR. en)

9372/15

**Interinstitutionelles Dossier:
2013/0255 (APP)**

EPPO 30
EUROJUST 112
CATS 59
FIN 393
COPEN 142
GAF 15

VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Rat
Betr.:	Vorschlag für eine Verordnung über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft - <i>Orientierungsaussprache</i>

A. Hintergrund

Der lettische Vorsitz des Rates hat intensiv an der Fertigstellung der ersten fünf Kapitel der Verordnung gearbeitet. Diese Kapitel regeln die meisten der Fragen, die für das Funktionieren der Europäischen Staatsanwaltschaft wichtig sind, da sie die Vorschriften über den Status, die Organisation und den Aufbau der Europäischen Staatsanwaltschaft, über Ermittlungs-, Strafverfolgungs- und Gerichtsverfahren enthalten.

Während des lettischen Vorsitzes fanden zu diesem Dossier dreizehn Sitzungstage der zuständigen Arbeitsgruppe (COPEN), eine Aussprache im CATS und mehrere Sitzungen der JI-Referenten statt. Das Dossier wurde auch im Rahmen der Ratstagung im März von den Ministern erörtert. Die Sitzungen waren von einer sehr konstruktiven Atmosphäre geprägt, und es wurden beträchtliche Fortschritte erzielt. Dennoch bestehen weiterhin erhebliche Divergenzen zwischen den Standpunkten der Mitgliedstaaten. Der Vorsitz hat zu den ersten 16 Artikeln einen ausgewogenen Kompromisstext (siehe Anlage 1) ausgearbeitet.

In der Anlage 2 ist der vollständige Wortlaut der Artikel 17 bis 33, einschließlich der Fußnoten, wiedergegeben.

B. Sachstand

I. Hinsichtlich der ersten 16 Artikel (siehe Anlage 1) wurde auf Expertenebene über folgende Aspekte am meisten diskutiert:

- *die Notwendigkeit, eine ausgewogene Verteilung der Arbeitsbelastung der Ständigen Kammern zu gewährleisten*
- *die Befugnisse der Ständigen Kammern bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen*
- *die Möglichkeit der Ständigen Kammern, Entscheidungsbefugnisse an den die Aufsicht über das Verfahren führenden Europäischen Staatsanwalt zu übertragen*
- *das Stimmrecht des die Aufsicht über das Verfahren führenden Europäischen Staatsanwalts in der Ständigen Kammer*
- *die Befugnisse der Europäischen Staatsanwälte zur Erteilung von Anweisungen an die Europäischen Delegierten Staatsanwälte*
- *die Mechanismen zur Vertretung unter den Europäischen Staatsanwälten*
- *der Mechanismus für eine vorübergehende Vertretung des Europäischen Staatsanwalts durch einen Europäischen Delegierten Staatsanwalt.*

Die Fassung in Anlage 1 ist ein ausgewogener Kompromissvorschlag zwischen den verschiedenen von den Delegationen im Rahmen der Verhandlungen geäußerten Ansichten und bietet Lösungen für den Großteil der in den Sitzungen der Arbeitsgruppe geäußerten Bedenken.

II. Hinsichtlich der verbleibenden Artikel (17 bis 33) wurde über folgende Aspekte am intensivsten beraten:

- *die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, über strafbare Handlungen Bericht zu erstatten, die in die Zuständigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft fallende Straftaten darstellen könnten*
- *die Modalitäten der Berichterstattung, einschließlich eines zusammenfassenden Berichts und seines Inhalts*
- *die Befugnis der Ständigen Kammer, den Europäischen Delegierten Staatsanwalt zur Einleitung von Ermittlungen anzuweisen*

- *die Zuweisung und Neuzuweisung eines Verfahrens durch die Ständige Kammer*
- *das Evokationsrecht und die Übertragung von Verfahren einzelstaatlicher Behörden an die Europäische Staatsanwaltschaft*
- *die Ermittlungsmaßnahmen und grenzüberschreitende Ermittlungen*
- *Vergleiche.*

Die Fassung in Anlage 2 spiegelt die unter lettischem Vorsitz erzielten Fortschritte wider. Dennoch sind einige dieser Aspekte – wie in den Fußnoten hervorgehoben wird – weiterhin offen und müssen erneut geprüft werden. Die Artikel 30 bis 33 wurden nur kurz angerissen und während des lettischen Vorsitzes nicht geändert.

C. Fragen

Ungeachtet der endgültigen Entscheidung der einzelnen Mitgliedstaaten über die Beteiligung an der Europäischen Staatsanwaltschaft ersucht der Vorsitz die Minister:

- 1. sich grundsätzlich auf den in Anlage 1 wiedergegebenen Wortlaut der ersten 16 Artikel der Verordnung mit der Maßgabe zu einigen, dass Einzelheiten des Texts erneut geprüft werden müssen, sobald der Rat eine grundsätzliche Einigung über den gesamten Text der Verordnung erzielt hat;**
- 2. die zu den Artikeln 17 bis 33 erzielten Fortschritte zu begrüßen und die in der Anlage 2 enthaltene derzeitige Fassung dieser Artikel zur Kenntnis zu nehmen.**

Entwurf

VERORDNUNG DES RATES

über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft

KAPITEL I

GEGENSTAND UND BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Artikel 1

Gegenstand

Mit dieser Verordnung wird die Europäische Staatsanwaltschaft errichtet und ihre Arbeitsweise geregelt.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen¹

Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

- a) "Person" jede natürliche oder juristische Person;
- b) "finanzielle Interessen der Union" alle Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte, die im Haushaltsplan der Union und in den Haushaltsplänen der nach den Verträgen geschaffenen Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen oder in den von diesen verwalteten und überwachten Haushaltsplänen erfasst werden;
- c) "verwaltungstechnische personenbezogene Daten" alle von der Europäischen Staatsanwaltschaft verarbeiteten personenbezogenen Daten mit Ausnahme der operativen personenbezogenen Daten;

¹ Dieser Artikel wird erst fertiggestellt, wenn der gesamte Text der Verordnung bekannt ist. Die Begriffsbestimmungen sowie der Text im Allgemeinen müssen noch angepasst werden, damit sie mit den Begriffsbestimmungen, die letztlich in die Richtlinie über den Schutz der finanziellen Interessen aufgenommen werden, übereinstimmen. Die Frage der Einheitlichkeit des EU-Rechts ist weiter zu prüfen. Eine Anpassung an die endgültige Begriffsbestimmung der finanziellen Interessen der Union in der Richtlinie über den Schutz der finanziellen Interessen muss erfolgen. IE merkt an, dass dieser Punkt unnötig erscheint.

- d) "operative personenbezogene Daten" alle von der Europäischen Staatsanwaltschaft für die in Artikel [37] festgelegten Zwecke verarbeiteten [fallbezogenen] personenbezogenen Daten;
- e) "Personal der Europäischen Staatsanwaltschaft" das Personal auf zentraler Ebene, das das Kollegium, die Ständigen Kammern, den Europäischen Generalstaatsanwalt, die Europäischen Staatsanwälte und die Europäischen Delegierten Staatsanwälte bei ihren laufenden Tätigkeiten in der Ausübung der Aufgaben der Europäischen Staatsanwaltschaft nach dieser Verordnung unterstützt;
- f) "der mit dem Verfahren betraute Europäische Delegierte Staatsanwalt" den für die von ihm eingeleiteten, ihm zugewiesenen oder ihm durch Wahrnehmung seines Evokationsrechts übertragenen Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen zuständigen Europäischen Delegierten Staatsanwalt;
- g) "unterstützender Europäischer Delegierter Staatsanwalt" den Europäischen Delegierten Staatsanwalt, der in einem anderen Mitgliedstaat als dem des mit dem Verfahren betrauten Europäischen Delegierten Staatsanwalts ansässig ist, in dem ihm zugewiesene Ermittlungen oder andere Maßnahmen ausgeführt werden sollen.

KAPITEL II

Errichtung, Aufgaben und Grundprinzipien der Europäischen Staatsanwaltschaft

Artikel 3

Errichtung

1. Die Europäische Staatsanwaltschaft wird als Einrichtung der Union errichtet.
2. Die Europäische Staatsanwaltschaft besitzt Rechtspersönlichkeit.
3. Die Europäische Staatsanwaltschaft arbeitet mit Eurojust zusammen und wird von diesem im Einklang mit Artikel [57] unterstützt.

Artikel 4

Aufgaben

Die Europäische Staatsanwaltschaft ist zuständig für die strafrechtliche Untersuchung und Verfolgung sowie die Anklageerhebung in Bezug auf Personen, die als Täter oder Teilnehmer Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union [die in der Richtlinie 2015/xx/EU vorgesehen und in dieser Verordnung bestimmt sind]² begangen haben. Die Europäische Staatsanwaltschaft leitet Ermittlungen ein, ergreift Strafverfolgungsmaßnahmen und nimmt vor den zuständigen Gerichten der Mitgliedstaaten die Aufgaben der Staatsanwaltschaft wahr, bis das Verfahren endgültig abgeschlossen ist³.

Artikel 5

Grundprinzipien für die Tätigkeit

1. Die Europäische Staatsanwaltschaft gewährleistet, dass bei ihrer Tätigkeit die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Rechte beachtet werden.
2. Die Europäische Staatsanwaltschaft ist bei allen ihren Tätigkeiten an die Grundsätze der Rechtstaatlichkeit und der Verhältnismäßigkeit gebunden⁴.
3. Die Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im Namen der Europäischen Staatsanwaltschaft unterliegen dieser Verordnung. Soweit eine Frage in dieser Verordnung nicht geregelt ist, gilt einzelstaatliches Recht. Soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist, ist das anzuwendende einzelstaatliche Recht das Recht des Mitgliedstaats des gemäß Artikel 12 Absatz 1 mit dem Verfahren betrauten Europäischen Delegierten Staatsanwalts. Ist eine Frage im einzelstaatlichen Recht und in dieser Verordnung geregelt, so ist diese Verordnung maßgebend.

² IE hat vorgeschlagen, dass hier auf Artikel 17 Bezug genommen werden sollte.

³ Folgender Erwägungsgrund sollte erwogen werden: *"Die Aufgaben der Staatsanwaltschaft vor den zuständigen Gerichten gelten bis zum Abschluss des Verfahrens, worunter die endgültige Klärung der Frage zu verstehen ist, ob der Verdächtige oder die beschuldigte Person die Straftat begangen hat, gegebenenfalls einschließlich der Festlegung des Strafmaßes und der abschließenden Entscheidung in einem Rechtsmittelverfahren. Von den Aufgaben der Staatsanwaltschaft könnten z.B. die Vertretung in Verfahren vor den obersten Gerichten eines Mitgliedstaats durch die höchsten staatsanwaltlichen Organe, wie dem Generalanwalt, ausgeschlossen werden, insbesondere wenn diese vorrangig der Rechtspflege und nicht der Strafverfolgung dienen."*

⁴ IT möchte hier den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit aufnehmen. PT teilt die Bedenken von IT, merkt jedoch an, dass dieser Aspekt im Zusammenhang mit Artikel 21 geregelt werden könnte.

4. Die Europäische Staatsanwaltschaft führt ihre Ermittlungen unparteiisch und ermittelt alle sachdienlichen Beweise⁵, belastende wie entlastende.
5. Die Europäische Staatsanwaltschaft leitet Ermittlungen unverzüglich ein und führt diese zügig durch.
6. Die zuständigen einzelstaatlichen Behörden fördern und unterstützen die Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen der Europäischen Staatsanwaltschaft. Handlungen, politische Maßnahmen und Verfahren nach dieser Verordnung richten sich nach dem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit^{6 7}.

Artikel 6

Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht

1. Die Europäische Staatsanwaltschaft ist unabhängig. Der Europäische Generalstaatsanwalt, die Stellvertreter des Europäischen Generalstaatsanwalts, die Europäischen Staatsanwälte, die Europäischen Delegierten Staatsanwälte sowie das Personal der Europäischen Staatsanwaltschaft handelt beziehungsweise handeln im gesetzlich festgelegten Interesse der Union insgesamt und darf beziehungsweise dürfen bei der Erfüllung seiner/ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung Weisungen von Personen außerhalb der Europäischen Staatsanwaltschaft, von Mitgliedstaaten oder Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union weder einholen noch entgegennehmen. Die Mitgliedstaaten und die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union achten die Unabhängigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft und versuchen nicht, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

⁵ SI wünscht, dass in dieser und anderen Bestimmungen die Rolle von Ermittlungsrichtern in Verfahren, die von der Europäischen Staatsanwaltschaft bearbeitet werden, klargestellt wird.

⁶ Es könnte ein begleitender Erwägungsgrund mit etwa folgendem Wortlaut hinzugefügt werden: *"Vor dem Hintergrund einer loyalen Zusammenarbeit sollten sowohl die Europäische Staatsanwaltschaft als auch die zuständigen nationalen Behörden zur wirksamen Bekämpfung von Straftaten miteinander Informationen austauschen. Selbst in Fällen, die nicht in die Zuständigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft fallen, sollte diese die zuständigen nationalen Behörden über Sachverhalte informieren, die ihr zur Kenntnis gebracht oder von ihr selbständig gewonnen wurden und die eine Straftat darstellen könnten, wie z.B. eine Falschaussage. Solche Fälle könnten verschiedene Sachverhalte beinhalten, die den zuständigen nationalen Behörden zur Gewährleistung einer wirksamen Bekämpfung von Straftaten nicht entgehen sollten."*

⁷ Folgende Bestimmung ist in den Text der Verordnung aufzunehmen (z.B. in Kapitel VIII, Kapitel IX oder Artikel 69): *"Soweit verwaltungsrechtliche Beitreibungs- oder Vollstreckungsverfahren infolge einer Entscheidung der Europäischen Staatsanwaltschaft oder nationaler Strafverfolgungsbehörden in Verbindung mit Ermittlungen oder Strafverfolgungsmaßnahmen zum Schutz der finanziellen Interessen der Union aufgeschoben werden, sollten mögliche finanzielle Ausfälle nicht zu Lasten des nationalen Haushalts des jeweiligen Mitgliedstaats gehen."*

2. Die Europäische Staatsanwaltschaft ist dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission für ihre allgemeinen Tätigkeiten rechenschaftspflichtig und gibt Jahresberichte nach Artikel 6a heraus.

Artikel 6a

Berichterstattung

1. Die Europäische Staatsanwaltschaft erstellt und veröffentlicht jährlich einen öffentlichen Jahresbericht⁸ über ihre allgemeine Tätigkeit in den Amtssprachen der Organe der Union. Sie übermittelt den Bericht dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten sowie dem Rat und der Kommission.
2. Der Europäische Generalstaatsanwalt tritt einmal jährlich vor dem Europäischen Parlament und dem Rat sowie auf Verlangen vor den nationalen Parlamenten auf, um – unbeschadet der Verpflichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft zur Verschwiegenheit und Geheimhaltung im Hinblick auf Einzelfälle und personenbezogene Daten – über die allgemeine Tätigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft Bericht zu erstatten. Der Europäische Generalstaatsanwalt kann bei Anhörungen durch die nationalen Parlamente von einem der Stellvertreter vertreten werden.

KAPITEL III

STATUS, AUFBAU UND ORGANISATION DER EUROPÄISCHEN STAATSANWALTSCHAFT

ABSCHNITT 1

STATUS UND AUFBAU DER EUROPÄISCHEN STAATSANWALTSCHAFT

Artikel 7

Aufbau der Europäischen Staatsanwaltschaft

1. Die Europäische Staatsanwaltschaft ist eine unteilbare Einrichtung der Union, die als eine einheitliche Staatsanwaltschaft mit einem dezentralen Aufbau handelt.

⁸ Ein Erwägungsgrund zur weiteren Klärung des Inhalts des Jahresberichts ist einzufügen: *"Der Bericht der Europäischen Staatsanwaltschaft sollte jährlich erstellt werden; er muss zumindest alle relevanten statistischen Daten zur Arbeit der Staatsanwaltschaft enthalten."*

2. Die Europäische Staatsanwaltschaft gliedert sich in eine zentrale Ebene und in eine dezentrale Ebene.
3. Die zentrale Ebene besteht aus der zentralen Europäischen Staatsanwaltschaft am Sitz. Die zentrale Europäische Staatsanwaltschaft setzt sich aus dem Kollegium, den Ständigen Kammern, dem Europäischen Generalstaatsanwalt, seinen Stellvertretern und den Europäischen Staatsanwälten zusammen.
4. Die dezentrale Ebene besteht aus den Europäischen Delegierten Staatsanwälten, die in den Mitgliedstaaten angesiedelt sind.
5. Die zentrale Europäische Staatsanwaltschaft und die Europäischen Delegierten Staatsanwälte werden bei ihren Aufgaben nach dieser Verordnung vom Personal der Europäischen Staatsanwaltschaft unterstützt.

Artikel 8

Das Kollegium

1. Das Kollegium der Europäischen Staatsanwaltschaft besteht aus dem Europäischen Generalstaatsanwalt und einem Europäischen Staatsanwalt je Mitgliedstaat. Der Europäische Generalstaatsanwalt leitet die Sitzungen des Kollegiums und ist für deren Vorbereitung zuständig.

2. Das Kollegium tritt regelmäßig zusammen und ist für die allgemeine Aufsicht⁹ über die Tätigkeiten der Staatsanwaltschaft zuständig. Es entscheidet über strategische Fragen und über allgemeine Angelegenheiten, die sich aus Einzelfällen¹⁰ ergeben, insbesondere mit Blick darauf, die Kohärenz, Effizienz und Konsistenz bei der Strafverfolgungspolitik der Europäischen Staatsanwaltschaft in der gesamten Union sicherzustellen, sowie über in dieser Verordnung angegebene andere Fragen. Das Kollegium trifft keine operativen Entscheidungen in Einzelfällen. In der Geschäftsordnung werden die Modalitäten für die allgemeine Aufsicht über die Tätigkeiten und Entscheidungen über strategische Fragen und über allgemeine Angelegenheiten durch das Kollegium im Einklang mit diesem Artikel geregelt.
3. Auf Vorschlag des Europäischen Generalstaatsanwalts und im Einklang mit der Geschäftsordnung richtet das Kollegium Ständige Kammern ein.
4. Das Kollegium nimmt eine Geschäftsordnung der Europäischen Staatsanwaltschaft gemäß Artikel 16 an und legt ferner die Zuständigkeiten für die Ausführung der Aufgaben der Mitglieder des Kollegiums und des Personals der Europäischen Staatsanwaltschaft fest.

⁹ Die in diesem Dokument verwendeten Begriffe "*allgemeine Aufsicht*", "*leiten und überwachen*" und "*Aufsicht*" beschreiben unterschiedliche Kontrollmaßnahmen. Diese Begriffe werden in den Erwägungsgründen etwa wie folgt näher erläutert werden müssen:

- ✓ "*allgemeine Aufsicht*" bedeutet die allgemeine Verwaltung der Tätigkeit der Staatsanwaltschaft, in deren Rahmen Anweisungen nur zu Angelegenheiten gegeben werden, die für die Staatsanwaltschaft von übergreifender Bedeutung sind;
- ✓ "*überwachen und leiten*" bedeutet bestimmte eindeutige Befugnisse, einzelne Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen zu überwachen und zu leiten, wenn eine solche Leitung notwendig erscheint;
- ✓ "*Aufsicht*" bedeutet eine engere und eher durchgängige Aufsicht über die Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen; dazu gehört, dass jederzeit eingegriffen und Anweisungen zu Ermittlungen und Strafverfolgungsangelegenheiten erteilt werden können. PT und SI merken an, dass diese vorläufige Begriffsbestimmung für "Aufsicht" möglicherweise nicht annehmbar sei, da damit der in ihrem nationalen Recht und in ihrer nationalen Verfassung niedergelegte Grundsatz der Unabhängigkeit ihrer nationalen Staatsanwälte verletzt würde. SI hat daher vorgeschlagen, "*Aufsicht*" im gesamten Text durch "*Leitung*" zu ersetzen.

¹⁰ Es könnte ein Erwägungsgrund mit etwa folgendem Wortlaut erwogen werden: "*Das Kollegium sollte entscheiden über strategische Fragen, einschließlich hinsichtlich der Festlegung der Prioritäten und der Politik der Europäischen Staatsanwaltschaft, sowie über allgemeine Fragen, die sich aus Einzelfällen ergeben, zum Beispiel hinsichtlich der Anwendung der Verordnung, der ordnungsgemäßen Umsetzung der Politik der Europäischen Staatsanwaltschaft oder hinsichtlich von Grundsatzfragen oder Fragen von erheblicher Bedeutung in Bezug auf die Entwicklung einer konsistenten Strafverfolgungspolitik der Europäischen Staatsanwaltschaft. Entscheidungen des Kollegiums über allgemeine Fragen sollten politischen Charakter haben und die Ermittlungs- und Verfolgungspflicht gemäß dieser Verordnung und dem nationalen Recht unberührt lassen.*"

5. Soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist, fasst das Kollegium Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Jedes Mitglied des Kollegiums ist berechtigt, über die vom Kollegium zu entscheidenden Fragen eine Abstimmung vorzuschlagen. Jedes Mitglied des Kollegiums hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit in einer vom Kollegium zu entscheidenden Frage gibt die Stimme des Europäischen Generalstaatsanwalts den Ausschlag¹¹.

Artikel 9

Die Ständigen Kammern¹²

1. Den Vorsitz der Ständigen Kammer führt der Europäische Generalstaatsanwalt oder einer der Stellvertreter oder ein gemäß der Geschäftsordnung zum Vorsitzenden benannter Europäischer Staatsanwalt¹³. Der Ständigen Kammer gehören zwei zusätzliche ständige Mitglieder an. Die Anzahl der Ständigen Kammern, ihre Zusammensetzung sowie die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Kammern trägt den funktionalen Bedürfnissen der Europäischen Staatsanwaltschaft angemessen Rechnung und wird gemäß der Geschäftsordnung festgelegt.¹⁴

¹¹ Ein Erwägungsgrund mit folgendem Wortlaut sollte eingefügt werden: *"Das Kollegium sollte sich nach Kräften um Konsens bemühen. Kann kein Konsens erzielt werden, so sollten Entscheidungen durch Abstimmung getroffen werden."*

¹² SE vertritt – unterstützt von CY, CZ, FI, HR, HU, IE, MT, NL, PT und SI – weiter allgemein die Ansicht, dass ein System, bei dem die Europäischen Delegierten Staatsanwälte für den Großteil der operativen Entscheidungen zuständig wären, wesentlich zur Wirksamkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft beitragen würde. Die Europäischen Delegierten Staatsanwälte sollten so weit als irgend möglich in den Verfahren, mit denen sie betraut sind, die notwendigen Entscheidungen treffen. SE glaubt nach wie vor, dass die Verordnung in diese Richtung gehen sollte. Dies könnte auf verschiedene Art und Weise erreicht werden, vorzugsweise indem die Auflistung der von den Kammern zu treffenden Entscheidungen in Artikel 9 gekürzt wird. Andere Optionen, wie etwa erweiterte Möglichkeiten für die Ständigen Kammern, ihre Befugnisse an die Europäischen Delegierten Staatsanwälte zu übertragen, und/oder die Einführung umfangreicher Möglichkeiten zur Anwendung von schriftlichen Verfahren oder Verfahren der stillschweigenden Zustimmung, könnten erwogen werden. Im Gegensatz dazu ist FR der Ansicht, dass solche Mechanismen die Befugnisse der zentralen Ebene der Europäischen Staatsanwaltschaft verwässern würden.

¹³ Die Aufnahme eines Erwägungsgrunds mit folgendem Wortlaut sollte erwogen werden: *"Ein Europäischer Staatsanwalt sollte im Zuge der administrativen Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft oder gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt im Prinzip als ein Vorsitzender der Ständigen Kammer ernannt werden, wenn es nicht genügend Stellvertreter gibt."*

¹⁴ Ein Erwägungsgrund mit folgendem Wortlaut sollte eingefügt werden: *"Die Zusammensetzung der Ständigen Kammer sollte im Einklang mit der Geschäftsordnung festgelegt werden, worin unter anderem gestattet werden kann, dass ein Europäischer Staatsanwalt Mitglied mehr als einer Ständigen Kammer ist, sofern sich dies als zweckmäßig erweist, um eine möglichst ausgewogene Arbeitsbelastung der einzelnen Europäischen Staatsanwälte sicherzustellen."*

Damit sollen eine ausgewogene Verteilung der Arbeitsbelastung auf der Grundlage einer Fallzuweisung nach dem Zufallsprinzip gewährleistet werden und in Ausnahmefällen Verfahren bereitstehen, die Abweichungen von der Fallzuweisung nach dem Zufallsprinzip auf Beschluss des Europäischen Generalstaatsanwalts ermöglichen, sofern dies für ein ordnungsgemäßes Funktionieren der Staatsanwaltschaft notwendig ist¹⁵.

2. Die Ständigen Kammern überwachen und leiten die von den Europäischen Delegierten Staatsanwälten im Einklang mit den Absätzen 3, 3a und 4 geführten Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen¹⁶. Sie gewährleisten außerdem die Koordinierung der Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in grenzübergreifenden Fällen und die Durchführung der vom Kollegium gemäß Artikel 8 Absatz 2 getroffenen Entscheidungen.
- 3.¹⁷ Die Ständigen Kammern treffen gemäß den Bedingungen und Verfahren dieser Verordnung, gegebenenfalls nach Überprüfung des vom betrauten Europäischen Delegierten Staatsanwalt vorgeschlagenen Entscheidungsentwurfs, Entscheidungen bezüglich:
 - a) der Anklageerhebung gemäß Artikel 27 Absatz 2¹⁸;
 - b) der Einstellung eines Verfahrens gemäß Artikel 28 Absatz 1 Buchstaben a bis f¹⁹;
 - c) der Einstellung eines Verfahrens durch einen Vergleich gemäß Artikel 29.

¹⁵ Das Einfügen des folgenden Erwägungsgrunds sollte erwogen werden: *"Die Zuteilung der Verfahren sollte gewährleisten, dass die Aufteilung der Verfahren zwischen den Ständigen Kammern im Einklang mit vorab festgelegten Kriterien und nach dem Zufallsprinzip erfolgt, um eine möglichst ausgewogene Verteilung der Arbeitsbelastung sicherzustellen."*

¹⁶ COM plädiert für eine Lösung, bei der ein Mitglied der Ständigen Kammer – unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit – als Berichterstatter für das Verfahren ausgewählt wird, um die Neutralität des Berichterstatters zu gewährleisten. PT und SI würden ausschließen wollen, dass die Ständige Kammer befugt ist, in Einzelfälle einzugreifen, außer im Falle der Untätigkeit oder bei offensichtlichen Verzögerungen. PT und SI haben vorgeschlagen, dass der Begriff der Überwachung wie folgt in einem Erwägungsgrund erläutert werden sollte: *"Die Überwachungsfunktion der Ständigen Kammer bezieht sich auf die allgemeine Aufsicht, bei der Anweisungen grundsätzlich bei Untätigkeit und offensichtlichen Verzögerungen in laufenden Strafverfahren erteilt werden können."*. AT, RO, DE, IT, LT, BG, ES, FR und COM lehnen diesen Erwägungsgrund ab.

¹⁷ Artikel 9 Absätze 3 und 3a werden weiter ausgearbeitet und fertiggestellt, wenn andere damit in Zusammenhang stehende Bestimmungen abschließend behandelt wurden. .

¹⁸ CZ und PT lehnen es ab, dass die Ständige Kammer befugt ist, über die Anklageerhebung zu entscheiden. Nach Auffassung von CZ sollte darüber von den Europäischen Delegierten Staatsanwälten entschieden werden.

¹⁹ PT ist nicht damit einverstanden, dass die Ständige Kammer befugt ist, ein Verfahren aus Gründen im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit der Richter und der Verfahrensökonomie einzustellen. PT plädiert für ein Ex-post-Eingreifen oder einen Überprüfungsmechanismus in Form eines Verfahrens der stillschweigenden Zustimmung.

- 3a. Soweit erforderlich, treffen die Ständigen Kammern gemäß den Bedingungen und Verfahren dieser Verordnung Entscheidungen, die darauf abzielen,
- a) den Europäischen Delegierten Staatsanwalt anzuweisen, Ermittlungen gemäß den Bestimmungen des Artikels 21 Absätze 1 bis 3 einzuleiten, sofern noch keine Ermittlungen eingeleitet wurden;
 - b) den Europäischen Delegierten Staatsanwalt anzuweisen, ein Verfahren nach Artikel 21a Absatz 6 an sich zu ziehen, sofern das Verfahren noch nicht zugewiesen wurde;
 - c) strategische Fragen oder allgemeine Angelegenheiten gemäß Artikel 8 Absatz 2 an das Kollegium zu verweisen;
 - d) ein Verfahren gemäß Artikel 21 Absatz 2 zuzuweisen;
 - e) ein Verfahren gemäß Artikel 21 Absatz 4 und Artikel 23 Absatz 3a neu zuzuweisen;
 - [i) den Beschluss eines Europäischen Staatsanwalts zu genehmigen, die Ermittlungen selbst gemäß Artikel 23 Absatz 4 durchzuführen.]
4. Die zuständige Ständige Kammer kann über den die Aufsicht über die Ermittlungen oder die Strafverfolgungsmaßnahmen führenden Europäischen Staatsanwalt in spezifischen Verfahren dem mit dem Verfahren betrauten Europäischen Delegierten Staatsanwalt im Einklang mit dem geltenden nationalen Recht²⁰ Anweisungen²¹ erteilen, sofern dies für die effiziente Durchführung der Ermittlungen oder Strafverfolgungsmaßnahmen oder im Interesse der Rechtspflege oder einer kohärenten Funktionsweise der Europäischen Staatsanwaltschaft notwendig ist.

²⁰ Ein Erwägungsgrund sollte eingefügt werden, der darlegt, dass der die Aufsicht führende Europäische Staatsanwalt aktiv verpflichtet ist, zu prüfen, ob die Anweisung mit seinem nationalen Recht im Einklang steht, und verneinendenfalls die Ständige Kammer entsprechend zu unterrichten.

²¹ Folgender Erwägungsgrund wird erwogen: *"Die Europäischen Delegierten Staatsanwälte sollten an Anweisungen der zentralen Europäischen Staatsanwaltschaft gebunden sein. Sollte der jeweilige Europäische Delegierte Staatsanwalt der Auffassung sein, dass er zur Ausführung der Anweisung Maßnahmen treffen muss, die nicht im Einklang mit dem nationalen Recht stehen, so muss er um eine Überprüfung der Entscheidung bitten; letztlich sollte er die Möglichkeit erhalten, von der Ausführung der Anweisung abzusehen und darum zu ersuchen, dass er von seiner Zuständigkeit für das Verfahren entbunden wird."* IT und RO lehnen den Wortlaut des vorstehenden Erwägungsgrunds ab.

5. Die Ständige Kammer fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Die Kammer stimmt auf Antrag eines ihrer Mitglieder ab. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Die Entscheidungen werden im Rahmen von Beratungen der Kammern gegebenenfalls²² auf der Grundlage eines vom betrauten Europäischen Delegierten Staatsanwalt vorgeschlagenen Entscheidungsentwurfs getroffen.

Die gesamte Verfahrensakte wird der zuständigen Ständigen Kammer auf Verlangen im Hinblick auf die Vorbereitung der Entscheidungen zur Verfügung gestellt.²³

- 5a. Die Ständigen Kammern können beschließen, ihre Entscheidungsbefugnisse gemäß Absatz 3 Buchstabe a oder Buchstabe b nur in Bezug auf Artikel 28 Absatz 1 Buchstaben a bis e dem im Einklang mit Artikel 11 Absatz 1 die Aufsicht über das Verfahren führenden Europäischen Staatsanwalt in Fällen, in denen eine solche Befugnisübertragung unter Verweis auf die Schwere der Straftat²⁴ oder die Komplexität des Verfahrens im Einzelfall hinreichend begründet werden kann, hinsichtlich einer Straftat zu übertragen, die einen Schaden von weniger als 100 000 Euro zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union verursacht hat bzw. verursachen könnte. In der Geschäftsordnung sind Leitlinien festzulegen, damit die Konsistenz bei der Strafverfolgungspolitik der Europäischen Staatsanwaltschaft gewährleistet werden kann²⁵.

²² Folgender Erwägungsgrund sollte erwogen werden: *"Wenn die Ständigen Kammern Entscheidungen gemäß Artikel 9 Absatz 3 annehmen, sollte dies auf der Grundlage eines vom betrauten Europäischen Delegierten Staatsanwalt vorgeschlagenen Entscheidungsentwurfs erfolgen. In Ausnahmefällen sollte die Kammer jedoch Entscheidungen ohne einen Entscheidungsentwurf des betrauten Europäischen Delegierten Staatsanwalts treffen können. In diesem Fall kann der die Aufsicht über das Verfahren führende Europäische Staatsanwalt einen solchen Entscheidungsentwurf vorlegen."* CZ und SI würden im letzten Satz "kann" durch "sollte" ersetzen. CZ möchte, dass der in Absatz 5 verwendete Ausdruck "gegebenenfalls" gestrichen wird (und entsprechend auch in Absatz 3) oder dass zumindest eindeutig angegeben wird, dass in den Ausnahmefällen, in denen eine Ständige Kammer ohne einen Entscheidungsentwurf des betrauten Europäischen Delegierten Staatsanwalts entscheidet, sie die betreffende Entscheidung auf einen vom Europäischen Staatsanwalt, der die Aufsicht über das Verfahren führt, vorgelegten Entwurf eines Vorschlags stützt.

²³ Ein Erwägungsgrund mit folgendem Wortlaut sollte erwogen werden: *"Die Arbeit der Europäischen Staatsanwaltschaft sollte grundsätzlich in elektronischer Form erfolgen."*

²⁴ Folgender Erwägungsgrund sollte erwogen werden: *"Bei der Bewertung der Schwere einer Straftat sollte insbesondere den Auswirkungen auf Unionsebene Rechnung getragen werden."*

²⁵ Vorbehalt von BE und LT zu diesem Absatz.

Die Kammer unterrichtet den Europäischen Generalstaatsanwalt über jede Entscheidung zur Übertragung der Entscheidungsbefugnisse. Nach Eingang dieser Mitteilung kann der Europäische Generalstaatsanwalt die Kammer innerhalb von drei Tagen ersuchen, ihre Entscheidung zu überprüfen, sofern er der Auffassung ist, dass dies im Interesse der Gewährleistung kohärenter Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen der Europäischen Staatsanwaltschaft erforderlich ist. Ist der Europäische Generalstaatsanwalt Mitglied der jeweiligen Kammer, so ist einer seiner Stellvertreter berechtigt, um diese Überprüfung zu ersuchen.

Der die Aufsicht führende Europäische Staatsanwalt unterrichtet die Ständige Kammer über die endgültige Einstellung/den endgültigen Abschluss des Verfahrens sowie über alle Informationen oder Umstände, die nach seinem Dafürhalten eine Neubewertung der Frage, ob eine Aufrechterhaltung der Befugnisübertragung zweckmäßig ist, erforderlich machen könnten, insbesondere in den Fällen des Artikels 27 Absatz 2.

Auf Antrag eines der Mitglieder der Ständigen Kammer kann eine Befugnisübertragung jederzeit aufgehoben werden; der entsprechende Beschluss wird gemäß Absatz 5 gefasst. Eine Befugnisübertragung muss aufgehoben werden, wenn ein Europäischer Delegierter Staatsanwalt im Einklang mit Artikel 14 Absatz 7 den Europäischen Staatsanwalt vertritt.

Damit eine kohärente Anwendung des Grundsatzes der Befugnisübertragung gewährleistet wird, erstattet jede Ständige Kammer dem Kollegium jährlich über die Anwendung der Befugnisübertragung Bericht.

- 5b. Die Geschäftsordnung gestattet den Ständigen Kammern, Entscheidungen im Wege eines schriftlichen Verfahrens zu treffen, das in der Geschäftsordnung im Einzelnen festzulegen ist.

Sämtliche Entscheidungen und Anweisungen, die im Einklang mit den Absätzen 3, 3a, 4 und 5a getroffen bzw. erteilt werden, sind schriftlich festzuhalten und werden Teil der Verfahrensakte.

6. Zusätzlich zu den ständigen Mitgliedern nimmt der Europäische Staatsanwalt, der eine Ermittlung oder eine Strafverfolgungsmaßnahme gemäß Artikel 11 Absatz 1 beaufsichtigt, an den Beratungen der Ständigen Kammer teil. Der Europäische Staatsanwalt ist stimmberechtigt, außer bei Entscheidungen der Ständigen Kammer zur Übertragung oder Aufhebung der Befugnisübertragung gemäß Artikel 9 Absatz 5a, zur Zuweisung und Neuzuweisung gemäß 21 Absätze 3 und 4, Artikel 21a Absatz 5 und zur Anklageerhebung (Artikel 27 Absatz 2), wenn mehr als ein Mitgliedstaat für das Verfahren zuständig ist, sowie in den in Artikel 26a Absatz 8 umschriebenen Fällen ²⁶.

Eine Ständige Kammer kann außerdem entweder auf Antrag eines Europäischen Staatsanwalts oder eines Europäischen Delegierten Staatsanwalts oder auf eigene Initiative andere von einem Verfahren betroffene Europäische Staatsanwälte oder Europäische Delegierte Staatsanwälte ohne Stimmrecht zur Teilnahme an ihren Sitzungen einladen.

7. Die Vorsitzenden der Ständigen Kammern halten das Kollegium im Einklang mit der Geschäftsordnung über die gemäß diesem Artikel gefassten Beschlüsse auf dem Laufenden, damit das Kollegium seine Funktion gemäß Artikel 8 Absatz 2 ausüben kann.

Artikel 10

Der Europäische Generalstaatsanwalt und die Stellvertreter

1. Der Europäische Generalstaatsanwalt ist der Leiter der Europäischen Staatsanwaltschaft. Der Europäische Generalstaatsanwalt organisiert die Arbeit der Europäischen Staatsanwaltschaft, leitet ihre Tätigkeit und fasst Beschlüsse im Einklang mit dieser Verordnung und der Geschäftsordnung.
2. Es werden [zwei] Stellvertreter ernannt, die den Europäischen Generalstaatsanwalt bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen und ihn bei Abwesenheit oder Verhinderung vertreten.

²⁶ COM äußerte Bedenken hinsichtlich des Stimmrechts des die Aufsicht führenden Europäischen Staatsanwalts; sie ist der Auffassung, dass das Stimmrecht in den Kammern auf "neutrale" Mitglieder beschränkt sein sollte und es nicht angemessen sei, dass nur einer der gegebenenfalls mehreren vom Verfahren betroffenen Europäischen Staatsanwälte stimmberechtigt ist. MT möchte, dass die Europäischen Delegierten Staatsanwälte in allen Fällen ein Stimmrecht haben.

3. Der Europäische Generalstaatsanwalt vertritt die Europäische Staatsanwaltschaft gegenüber den Organen der Union und der Mitgliedstaaten und Dritten. Der Europäische Generalstaatsanwalt kann seine Aufgaben in Verbindung mit der Repräsentation auf einen der Stellvertreter oder einen Europäischen Staatsanwalt übertragen.

Artikel 11

Die Europäischen Staatsanwälte²⁷

1. Die Europäischen Staatsanwälte beaufsichtigen im Namen der Ständigen Kammer²⁸ und im Einklang mit den von dieser gemäß Artikel 9 Absätze 3, 3a und 4 erteilten Anweisungen die Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen, für die die mit dem Verfahren betrauten Europäischen Delegierten Staatsanwälte in ihrem Herkunftsmitgliedstaat zuständig²⁹ sind. Die Europäischen Staatsanwälte unterbreiten Zusammenfassungen zu den jeweils von ihnen beaufsichtigten Verfahren und gegebenenfalls – auf der Grundlage von Entscheidungsentwürfen, die von den Europäischen Delegierten Staatsanwälten ausgearbeitet werden – Vorschläge für die von der Ständigen Kammer zu fassenden Entscheidungen.

In der Geschäftsordnung ist unbeschadet des Artikels 14 Absatz 7 ein Mechanismus zur Vertretung unter den Europäischen Staatsanwälten vorzusehen, falls der die Aufsicht führende Europäische Staatsanwalt zeitweilig³⁰ abwesend ist oder aus anderen Gründen zur Wahrnehmung der Aufgaben eines Europäischen Staatsanwalts nicht zur Verfügung steht. Der vertretende Europäische Staatsanwalt kann – abgesehen von der Möglichkeit, eine Ermittlung gemäß Artikel 23 Absatz 4 durchzuführen – jede Aufgabe eines Europäischen Staatsanwalts ausführen.

2. Der die Aufsicht führende Europäische Staatsanwalt kann im Einklang mit geltendem nationalen Recht und im Einklang mit den Anweisungen der zuständigen Ständigen Kammer dem mit dem Verfahren betrauten Europäischen Delegierten Staatsanwalt in einem spezifischen Verfahren Anweisungen erteilen, sofern dies für die effiziente Durchführung der Ermittlungen oder Strafverfolgungsmaßnahmen oder im Interesse der Rechtspflege oder einer kohärenten Funktionsweise der Europäischen Staatsanwaltschaft notwendig ist.

²⁷ CY und MT würden die bisherige Fassung von Absatz 3 beibehalten, die es ermöglicht, dass die Europäischen Staatsanwälte andere Aufgaben als die eines Europäischen Staatsanwalts ausüben dürfen.

²⁸ PT und SI lehnen die Idee ab, dass die Europäischen Staatsanwälte im Namen der Ständigen Kammer die Aufsicht über Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen führen.

²⁹ COM und BG lehnen die Einfügung der Wendung "*in ihrem Herkunftsmitgliedstaat*" ab.

³⁰ Das Einfügen eines Erwägungsgrunds mit folgendem Wortlaut könnte erwogen werden: "*Der Mechanismus zur Vertretung sollte grundsätzlich dann angewendet werden, wenn der Europäische Staatsanwalt seine Aufgaben kurzzeitig, beispielsweise urlaubs- oder krankheitsbedingt, nicht erfüllen kann.*"

3. Die Europäischen Staatsanwälte fungieren als Verbindungsstellen und Informationskanäle zwischen den Ständigen Kammern und den Europäischen Delegierten Staatsanwälten in ihrem jeweiligen Herkunftsmitgliedstaat und überwachen die Durchführung der Aufgaben der Europäischen Staatsanwaltschaft in ihrem jeweiligen Mitgliedstaat in enger Abstimmung mit den Europäischen Delegierten Staatsanwälten. Die Europäischen Staatsanwälte stellen im Einklang mit dieser Verordnung und der Geschäftsordnung sicher, dass alle einschlägigen Informationen aus der zentralen Europäischen Staatsanwaltschaft den Europäischen Delegierten Staatsanwälten zur Verfügung gestellt werden und umgekehrt.

Artikel 12

Die Europäischen Delegierten Staatsanwälte

1. Die Europäischen Delegierten Staatsanwälte handeln im Namen der Europäischen Staatsanwaltschaft in ihrem jeweiligen Mitgliedstaat³¹ und haben neben bzw. vorbehaltlich der ihnen übertragenen besonderen Befugnisse und des ihnen zuerkannten besonderen Status und nach Maßgabe dieser Verordnung in Bezug auf Ermittlungen, Strafverfolgungsmaßnahmen und Anklageerhebung die gleichen Befugnisse wie einzelstaatliche Staatsanwälte.

Die Europäischen Delegierten Staatsanwälte sind für die von ihnen eingeleiteten, für die ihnen zugewiesenen oder für die durch Wahrnehmung ihres Evokationsrechts von ihnen übernommenen Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen zuständig. Die Europäischen Delegierten Staatsanwälte befolgen die Weisungen und die Anweisungen der für das Verfahren zuständigen Ständigen Kammer sowie die Anweisungen des die Aufsicht führenden Europäischen Staatsanwalts.

³¹ Folgender Erwägungsgrund sollte erwogen werden: *"Die Europäischen Delegierten Staatsanwälte müssen ein fester Bestandteil der Europäischen Staatsanwaltschaft sein; als solche haben sie daher bei der Ermittlung und Verfolgung von Straftaten, die in die Zuständigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft fallen, ausschließlich im Auftrag und im Namen der Europäischen Staatsanwaltschaft im Hoheitsgebiet ihres jeweiligen Mitgliedstaats zu handeln. Dies bedeutet, dass ihnen im Rahmen dieser Verordnung ein funktional und rechtlich unabhängiger Status gewährt wird, der sich von einem Status nach nationalem Recht, auch dem des nationalen Staatsanwalts, unterscheidet. Ungeachtet ihres Status im Rahmen dieser Verordnung sind Europäische Delegierte Staatsanwälte während ihrer Amtszeit ferner aktive Mitglieder der Staatsanwaltschaft ihres Mitgliedstaats; ihnen werden durch ihre Mitgliedstaaten die gleichen Befugnisse wie nationalen Staatsanwälten zuerkannt."*

CY, IE und MT meinen, dass in den Erwägungsgründen deutlich gemacht werden sollte, dass es den Europäischen Delegierten Staatsanwälten möglich sein sollte, der Polizei Anweisungen zur Durchführung von Ermittlungen im Einklang mit der nationalen Rechtsordnung zu erteilen. Ein entsprechender Erwägungsgrund könnte wie folgt lauten: *"Der mit dem Verfahren betraute Europäische Delegierte Staatsanwalt sollte bei der Ausführung der Weisungen und Anweisungen der für das Verfahren zuständigen Ständigen Kammer sowie der Anweisungen des die Aufsicht führenden Europäischen Staatsanwalts für die Ermittlungen im Einklang mit nationalem Recht zuständig sein."* DE und IT, denen sich COM anschließt, lehnen diesen Erwägungsgrund ab.

Die Europäischen Delegierten Staatsanwälte sind ferner für die Anklageerhebung zuständig und haben insbesondere die Befugnis, vor Gericht zu plädieren, an der Beweisaufnahme teilzunehmen und die zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe im Einklang mit dem nationalen Recht einzulegen.

2. In jedem Mitgliedstaat muss es zwei³² oder mehr Europäische Delegierte Staatsanwälte geben. Der Europäische Generalstaatsanwalt genehmigt³³ nach Beratung und Einigung mit den Behörden des jeweiligen Mitgliedstaats die Anzahl der Europäischen Delegierten Staatsanwälte sowie die funktionale³⁴ und räumliche Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Europäischen Delegierten Staatsanwälten in jedem einzelnen Mitgliedstaat.
3. Die Europäischen Delegierten Staatsanwälte können auch ihre Aufgaben als einzelstaatliche Staatsanwälte wahrnehmen, soweit sie dadurch nicht daran gehindert sind, ihren Pflichten nach dieser Verordnung nachzukommen. Sie unterrichten den die Aufsicht führenden Europäischen Staatsanwalt über solche Aufgaben. Ist ein Europäischer Delegierter Staatsanwalt zu irgendeinem Zeitpunkt wegen dieser anderen Verpflichtungen nicht in der Lage, seinen Aufgaben als Europäischer Delegierter Staatsanwalt nachzukommen, so setzt er den die Aufsicht führenden Europäischen Staatsanwalt davon in Kenntnis; dieser legt nach Rücksprache mit den zuständigen einzelstaatlichen Strafverfolgungsbehörden fest, ob den sich aus dieser Verordnung ergebenden Aufgaben Vorrang einzuräumen ist. Der Europäische Staatsanwalt kann der Ständigen Kammer vorschlagen, das Verfahren gemäß Artikel 23 Absätze 3a und 4 neu zuzuweisen.

³² Diese Bestimmung sollte zukünftigen Beratungen im Zusammenhang mit den Verwaltungsbestimmungen im zweiten Teil dieser Verordnung hinsichtlich der aus dem EU-Haushalt zu finanzierenden Anzahl der Stellen der Europäischen Delegierten Staatsanwälte in Vollzeitäquivalenten nicht vorgreifen. Der Wortlaut in Absatz 2 und insbesondere die Wendung "*die Anzahl der Europäischen Delegierten Staatsanwälte*" ist gegebenenfalls in Zusammenhang mit den Bestimmungen über den formellen Status der Europäischen Delegierten Staatsanwälte ("Sonderberater") und den Finanzbestimmungen erneut zu überprüfen.

³³ Der folgende Erwägungsgrund wird eingefügt: "*Im Rahmen der Konsultationen des Europäischen Generalstaatsanwalts mit dem jeweiligen Mitgliedstaat hinsichtlich der Anzahl der Europäischen Delegierten Staatsanwälte und der funktionalen und räumlichen Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Europäischen Delegierten Staatsanwälten in jedem einzelnen Mitgliedstaat sollte der Organisationsstruktur des nationalen Strafverfolgungssystems Rechnung getragen werden.*"

³⁴ Der folgende Erwägungsgrund wird eingefügt: "*Der Begriff der funktionalen Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Europäischen Delegierten Staatsanwälten sollte eine Aufteilung der Aufgaben in der Weise ermöglichen, dass bestimmte Europäische Delegierte Staatsanwälte für die Bearbeitung von Verfahren zuständig wären und bestimmte spezifische Entscheidungen zur Einleitung von Ermittlungen treffen könnten, während andere Europäische Delegierte Staatsanwälte für die Bearbeitung von Beschwerden gegen diese Entscheidungen zuständig sein könnten.*"

ABSCHNITT 2

ERNENNUNG UND ENTLASSUNG DER MITGLIEDER DER EUROPÄISCHEN STAATSANWALTSCHAFT

Artikel 13³⁵

Benennung und Entlassung des Europäischen Generalstaatsanwalts

1. Das Europäische Parlament und der Rat ernennen in gegenseitigem Einvernehmen den Europäischen Generalstaatsanwalt für eine Amtszeit von sieben Jahren; Wiederernennung ist nicht zulässig. Der Rat beschließt mit einfacher Mehrheit.
2. Der Europäische Generalstaatsanwalt wird unter Bewerbern ausgewählt, die
 - a) aktive Mitglieder der Staatsanwaltschaft oder der Justiz in den Mitgliedstaaten oder aktive Europäische Staatsanwälte sind;
 - b) jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten;
 - c) in ihrem jeweiligen Land die für die höchsten staatsanwaltlichen oder richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen und über einschlägige praktische Erfahrungen im Rahmen der nationalen Rechtssysteme, der Finanzermittlungen und der internationalen justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verfügen oder das Amt des Europäischen Staatsanwalts ausgeübt haben und
 - d) hinreichende Erfahrungen und Qualifikationen als Führungskraft für das Amt besitzen.

³⁵ CY, PT, MT, HU, ES, HR und PL würden es vorziehen, dass der Europäische Generalstaatsanwalt unter den Mitgliedern des Kollegiums ausgewählt wird.

3. Die Auswahl wird auf der Grundlage einer im Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichenden offenen Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen vorgenommen, nach der ein Auswahlausschuss eine Auswahlliste der qualifizierten Bewerber erstellt, die dem Europäischen Parlament und dem Rat vorzulegen ist. Der Ausschuss setzt sich aus [12] Personen zusammen, die aus dem Kreis ehemaliger Mitglieder des Gerichtshofs und des Rechnungshofs, ehemaliger nationaler Mitglieder von Eurojust, der Mitglieder der höchsten einzelstaatlichen Gerichte, hochrangiger Staatsanwälte und der Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung ausgewählt werden, wobei eine von ihnen vom Europäischen Parlament vorgeschlagen wird³⁶. Der Rat legt die Regeln für die Tätigkeit des Ausschusses fest und nimmt einen Beschluss zur Ernennung seiner Mitglieder auf Vorschlag der Kommission an³⁷.
- 3a. Wird ein Europäischer Staatsanwalt zum Europäischen Generalstaatsanwalt ernannt, so wird sein Amt als Europäischer Staatsanwalt im Einklang mit dem Verfahren des Artikels 14 Absätze 1 und 2 sofort wieder besetzt.
4. Der Gerichtshof der Europäischen Union kann auf Antrag des Europäischen Parlaments, des Rates oder der Kommission den Europäischen Generalstaatsanwalt entlassen, wenn er zu der Feststellung gelangt, dass er seine Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann oder dass er sich eines schweren Fehlverhaltens schuldig gemacht hat.
5. Tritt der Europäische Generalstaatsanwalt zurück, wird entlassen oder scheidet aus einem anderen Grund aus dem Amt aus, so wird die Stelle nach dem Verfahren der Absätze 1 bis 3 sofort wieder besetzt.

Artikel 13a

Ernennung und Entlassung der Stellvertreter des Europäischen Generalstaatsanwalts

1. Das Kollegium³⁸ ernennt [zwei] Europäische Staatsanwälte für eine verlängerbare Amtszeit von drei Jahren zu Stellvertretern des Europäischen Generalstaatsanwalts, wobei ihre jeweilige Amtszeit als Europäischer Staatsanwalt nicht überschritten werden darf. Das Auswahlverfahren wird in der Geschäftsordnung geregelt. Die Stellvertreter des Europäischen Generalstaatsanwalts behalten ihren Status als Europäische Staatsanwälte.

³⁶ Folgender Erwägungsgrund sollte eingefügt werden: "*Es sollte darauf geachtet werden, dass die Zusammensetzung des Ausschusses in geografischer Hinsicht und hinsichtlich der Repräsentation der Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten ausgewogen ist.*"

³⁷ Es wird ein Erwägungsgrund hinzugefügt werden, mit dem die Übertragung der Durchführungsbefugnisse auf den Rat im Einklang mit Artikel 291 Absatz 2 AEUV ordnungsgemäß begründet wird.

³⁸ COM bleibt dabei, dass die Stellvertreter genau wie der Europäische Generalstaatsanwalt vom Rat und vom EP ernannt werden sollten.

2. In der Geschäftsordnung werden die Regeln und Bedingungen für die Ausübung der Funktion der Stellvertreter des Europäischen Generalstaatsanwalts festgelegt. Kann ein Europäischer Staatsanwalt seine Aufgaben als Stellvertreter des Europäischen Generalstaatsanwalts nicht mehr wahrnehmen, so kann das Kollegium im Einklang mit der Geschäftsordnung beschließen, dass er das Amt als Stellvertreter des Europäischen Generalstaatsanwalts nicht ausüben darf und aus diesem Amt zu entlassen ist.
3. Tritt ein Stellvertreter des Europäischen Generalstaatsanwalts zurück, wird entlassen oder scheidet aus einem anderen Grund aus seinem Amt als Stellvertreter aus, so wird die Stelle nach dem Verfahren des Absatzes 1 sofort wieder besetzt. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 14 bleibt er Europäischer Staatsanwalt.

Artikel 14

Ernennung und Entlassung der Europäischen Staatsanwälte

1. Jeder Mitgliedstaat benennt drei Kandidaten für das Amt eines Europäischen Staatsanwalts aus Bewerbern, die
 - a) aktive Mitglieder der Staatsanwaltschaft oder der Justiz in den Mitgliedstaaten sind;
 - b) jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und
 - c) in ihrem jeweiligen Land die für hohe staatsanwaltliche oder richterliche Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen und über einschlägige praktische Erfahrungen im Rahmen der nationalen Rechtssysteme, der Finanzermittlungen und der internationalen justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verfügen.
2. Nach Eingang der begründeten Stellungnahme eines Auswahlausschusses gemäß Artikel 13 Absatz 3 wählt der Rat einen der Kandidaten aus und ernennt ihn zum Europäischen Staatsanwalt des betreffenden Mitgliedstaats. Stellt der Auswahlausschuss fest, dass ein Bewerber nicht die erforderlichen Voraussetzungen für die Wahrnehmung der Aufgaben eines Europäischen Staatsanwalts erfüllt, so ist die Stellungnahme des Ausschusses bindend für den Rat.

3. Die Europäischen Staatsanwälte werden vom Rat mit einfacher Mehrheit ausgewählt und für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt; Wiederernennung ist nicht zulässig. Der Rat kann beschließen, das Mandat am Ende der sechsjährigen Amtszeit um höchstens drei weitere Jahre zu verlängern.
4. Alle drei Jahre findet eine teilweise Neubesetzung eines Drittels der Stellen der Europäischen Staatsanwälte statt. Der Rat erlässt mit einfacher Mehrheit Übergangsvorschriften³⁹ für die Ernennung der Europäischen Staatsanwälte für deren erste Amtszeit und während deren erster Amtszeit⁴⁰.
5. Der Gerichtshof der Europäischen Union kann auf Antrag des Europäischen Parlaments, des Rates oder der Kommission einen Europäischen Staatsanwalt entlassen, wenn er zu der Feststellung gelangt, dass dieser seine Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann oder dass er sich eines schweren Fehlverhaltens schuldig gemacht hat.
6. Tritt ein Europäischer Staatsanwalt zurück, wird entlassen oder scheidet aus einem anderen Grund aus dem Amt aus, so wird die Stelle nach dem Verfahren der Absätze 1 und 2 sofort wieder besetzt. Übt dieser Europäische Staatsanwalt das Amt eines Stellvertreters des Europäischen Generalstaatsanwalts aus, so wird er automatisch auch aus diesem Amt entlassen.
7. Das Kollegium bestimmt nach der Benennung jedes Europäischen Staatsanwalts unter den Europäischen Delegierten Staatsanwälten desselben Mitgliedstaats eine Person zum Stellvertreter des Europäischen Staatsanwalts, der seine Aufgaben nicht wahrnehmen kann oder gemäß den Absätzen 5 und 6 aus seinem Amt ausgeschieden ist⁴¹.

³⁹ Es wird ein Erwägungsgrund hinzugefügt werden, mit dem die Übertragung der Durchführungsbefugnisse auf den Rat im Einklang mit Artikel 291 Absatz 2 AEUV ordnungsgemäß begründet wird.

⁴⁰ In diesem Zusammenhang wird folgender Erwägungsgrund eingefügt: *"Der Rat sollte das geografische Spektrum der Mitgliedstaaten bei der teilweisen Neubesetzung eines Drittels der Stellen der Europäischen Staatsanwälte während deren erster Amtszeit berücksichtigen."*

⁴¹ Folgender begleitender Erwägungsgrund wird erwogen: *"Der Europäische Delegierte Staatsanwalt, der den Europäischen Staatsanwalt im Einklang mit Artikel 14 Absatz 7 vertritt, sollte für die Zeit der Vertretung von den von ihm als Europäischer Delegierter Staatsanwalt oder nationaler Staatsanwalt geleiteten Ermittlungen entbunden werden. In Bezug auf die Verfahren der Europäischen Staatsanwaltschaft, die von dem Europäischen Delegierten Staatsanwalt geleitet wurden, der einen Europäischen Staatsanwalt vertritt, sollte Artikel 23 Absatz 3a gelten."*

Erkennt das Kollegium die Notwendigkeit einer Vertretung an, so wird die so bestimmte Person bis zur Ersetzung oder Rückkehr des Europäischen Staatsanwalts für einen befristeten Zeitraum von höchstens drei Monaten als Europäischer Interims-Staatsanwalt tätig. Auf Antrag kann das Kollegium den Zeitraum gegebenenfalls verlängern⁴². Die Mechanismen und die Modalitäten für eine vorübergehende Vertretung werden in der Geschäftsordnung festgelegt und geregelt⁴³.

Artikel 15

Ernennung und Entlassung der Europäischen Delegierten Staatsanwälte

1. Das Kollegium ernennt auf Vorschlag durch den Europäischen Generalstaatsanwalt die von den Mitgliedstaaten benannten Europäischen Delegierten Staatsanwälte⁴⁴. Das Kollegium kann die benannte Person ablehnen, wenn sie den Kriterien nach Absatz 2 nicht genügt. Die Europäischen Delegierten Staatsanwälte werden für eine Amtszeit von [fünf] Jahren⁴⁵ ernannt; Wiederernennung ist zulässig.
2. Die Europäischen Delegierten Staatsanwälte sind ab dem Zeitpunkt ihrer Ernennung zum Europäischen Delegierten Staatsanwalt bis zur Amtsentlassung aktive Mitglieder der Staatsanwaltschaft oder der Justiz des Mitgliedstaats, der sie ernannt hat. Sie müssen jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und sie müssen über die erforderlichen Voraussetzungen und über einschlägige praktische Erfahrungen im Rahmen ihres nationalen Rechtssystems verfügen⁴⁶.

⁴² Ein Erwägungsgrund mit folgendem Wortlaut wird eingefügt: *"Der Rückgriff auf diese Möglichkeit sollte im Ermessen des Kollegiums liegen, soweit erforderlich unter Berücksichtigung der Arbeitsbelastung der Europäischen Staatsanwaltschaft und der Dauer der Abwesenheit, sowie in den in Absatz 6 genannten Fällen, bis das Amt des Europäischen Staatsanwalts gemäß dem Verfahren der Absätze 1 und 2 wieder besetzt ist."*

⁴³ Folgender Erwägungsgrund sollte diesbezüglich eingefügt werden: *"Die Vertretung eines Europäischen Staatsanwalts durch einen der Europäischen Delegierten Staatsanwälte des jeweiligen Mitgliedstaats kann in den Fällen gemäß Artikel 14 Absatz 6 oder in Fällen von beispielsweise längerer Krankheit erfolgen; wohingegen ein Europäischer Staatsanwalt, der beispielsweise aufgrund von Urlaub, einer Geschäftsreise usw. abwesend ist, von einem anderen Europäischen Staatsanwalt gemäß der Geschäftsordnung (Artikel 11 Absatz 1) vertreten werden muss."*

⁴⁴ COM bleibt dabei, dass Europäische Delegierte Staatsanwälte auf der Grundlage einer Liste mit einer ausreichenden Anzahl von Bewerbern aus jedem Mitgliedstaat – so dass eine Auswahl gegeben ist – vom Kollegium ernannt werden sollten.

⁴⁵ Die angemessene maximale Amtszeit muss im Zusammenhang mit den Verhandlungen über ihren formellen Status gemäß EU-Recht festgelegt werden.

⁴⁶ Folgender Erwägungsgrund sollte erwogen werden: *"Der Mitgliedstaat, der einen Europäischen Delegierten Staatsanwalt benannt hat, sollte sicherstellen, dass der Betreffende Staatsanwalt nach nationalem Recht ist, sofern er diesen Status zum Zeitpunkt der Ernennung zum Europäischen Delegierten Staatsanwalt nicht bereits innehatte."*

3. Das Kollegium entlässt einen Europäischen Delegierten Staatsanwalt, falls es zu der Feststellung gelangt, dass er die Voraussetzungen nach Absatz 2 nicht mehr erfüllt oder seine Aufgaben nicht wahrnehmen kann oder dass er sich eines schweren Fehlverhaltens schuldig gemacht hat.
4. Beschließt ein Mitgliedstaat, einen nationalen Staatsanwalt, der zum Europäischen Delegierten Staatsanwalt ernannt wurde, aus Gründen, die nicht mit seinen Pflichten nach dieser Verordnung im Zusammenhang stehen, zu entlassen oder disziplinarische Maßnahmen gegen ihn zu ergreifen, so informiert⁴⁷ er den Europäischen Generalstaatsanwalt, bevor er tätig wird. Ein Mitgliedstaat darf einen Europäischen Delegierten Staatsanwalt nicht ohne Zustimmung des Europäischen Generalstaatsanwalts aus Gründen, die im Zusammenhang mit seinen Pflichten nach dieser Verordnung stehen, entlassen oder disziplinarische Maßnahmen gegen ihn ergreifen⁴⁸. Erteilt der Europäische Generalstaatsanwalt seine Zustimmung nicht, so können die betroffenen Mitgliedstaaten das Kollegium um Überprüfung der Angelegenheit ersuchen.
5. Tritt ein Europäischer Delegierter Staatsanwalt zurück, sind seine Dienste für die Erfüllung der Aufgaben der Europäischen Staatsanwaltschaft nicht mehr erforderlich, wird er entlassen oder scheidet er aus anderem Grund aus dem Amt, so unterrichtet der betroffene Mitgliedstaat unverzüglich den Europäischen Generalstaatsanwalt und benennt, soweit erforderlich, umgehend einen anderen Staatsanwalt, damit dieser im Einklang mit Absatz 1 zum neuen Europäischen Delegierten Staatsanwalt ernannt wird⁴⁹.

⁴⁷ COM würde "informiert" durch "konsultiert" ersetzen.

⁴⁸ CY hat darauf hingewiesen, dass die unterschiedlichen Rollen eines Europäischen Delegierten Staatsanwalts und eines nationalen Staatsanwalts in diesem Zusammenhang möglicherweise genau beschrieben werden müssen. Eine Reihe von Delegationen hat ferner nachdrücklich die Auffassung vertreten, dass die Europäischen Delegierten Staatsanwälte in der nationalen staatsanwaltschaftlichen Struktur verbleiben und dass die nationalen Vorschriften über disziplinarische Maßnahmen und andere Angelegenheiten auf sie Anwendung finden sollten, was ihre Tätigkeit als nationale Staatsanwälte anbelangt. Diese Bestimmung muss gegebenenfalls in Verbindung mit der gesamten Verordnung erneut geprüft werden. Folgender Erwägungsgrund sollte erwogen werden: *"In Anbetracht dessen, dass sie aktive Mitglieder der Staatsanwaltschaft oder der Justiz in den Mitgliedstaaten sind, sollten die nationalen Vorschriften über disziplinarische Maßnahmen auf sie entsprechend Anwendung finden."*

⁴⁹ Ein Erwägungsgrund sollte klarstellen, dass die Anzahl der Europäischen Delegierten Staatsanwälte nicht geändert werden darf, ohne dass die Vorschrift in Artikel 12 Absatz 2 betreffend die vom Europäischen Generalstaatsanwalt zu genehmigende Anzahl der Europäischen Delegierten Staatsanwälte berücksichtigt wird.

ABSCHNITT 3

GESCHÄFTSORDNUNG

Artikel 16⁵⁰

Geschäftsordnung der Europäischen Staatsanwaltschaft

1. Die Geschäftsordnung regelt die Organisation der Arbeit der Europäischen Staatsanwaltschaft.
 2. Ein Vorschlag für die Geschäftsordnung der Europäischen Staatsanwaltschaft wird vom Europäischen Generalstaatsanwalt ausgearbeitet und – sobald die Europäische Staatsanwaltschaft errichtet wurde – unverzüglich vom [Kollegium]⁵¹ mit Zweidrittelmehrheit angenommen.
 3. Änderungen der Geschäftsordnung können von jedem Europäischen Staatsanwalt vorgeschlagen werden und müssen vom [Kollegium] mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden.
-

⁵⁰ CZ äußerte Bedenken hinsichtlich der Verbindlichkeit der Geschäftsordnung im Verhältnis zu den nationalen Rechtsvorschriften.

⁵¹ Die Geschäftsordnung muss gegebenenfalls je nach Inhalt und abschließender Prüfung ihrer Verbindlichkeit vom Rat bestätigt werden. Der Vorsitz schlägt vor, diese Frage in einer späteren Phase der Verhandlungen wiederaufzugreifen, wenn deutlicher absehbar ist, welche Regelungen in die Geschäftsordnung aufgenommen werden müssen.

SECTION 4

COMPETENCE OF THE EUROPEAN PUBLIC PROSECUTOR'S OFFICE

*Article 17*²

Criminal offences within the competence of the European Public Prosecutor's Office

The European Public Prosecutor's Office shall have competence in respect of the criminal offences affecting the financial interests of the Union, which are provided for in Directive 2015/xx/EU³. The European Public Prosecutor's Office shall exercise this competence on the basis of the applicable national law implementing this Directive⁴.

*Article 18*⁵

Ancillary competence

1. Where an offence constituting a criminal offence referred to in Article 17 is based on a set of facts which are identical or inextricably linked to a set of facts constituting, in whole or in part under the law of the Member State concerned, a criminal offence other than those referred to in Article 17, the European Public Prosecutor's Office shall also be competent for those other criminal offences, under the condition that the offence referred to in Article 17 is preponderant. Where the offence referred to in Article 17 is not preponderant, the Member State that is competent for the other offence shall also be competent for the offence referred to in Article 17⁶.

¹ The references in this Annex, as well as the positions of Member States as indicated in footnotes, may not always be up to date with the most recent version of Annex 1.

² PL is of the opinion that the question in Article 17 is linked to the negotiations on the scope of PIF directive. This includes the sensitive issue of VAT fraud. Therefore this provision should be finalized only after the scope of PIF directive has been clarified and confirmed.

³ The competence of the EPPO as determined by this Article raises complex legal issues that will need to be considered further. One of the open issues in this Article is whether a dynamic reference (the standard solution ensuring legal certainty) or a static reference to the substantive law should be chosen. Some delegations would prefer to see the offences defined in this Regulation directly.

⁴ COM and CZ have a reservation on this wording and proposes to go back to the previous text ('[...] *which are provided for in Directive 2015/xx/EU, as implemented in national law*'). This is considered necessary because the national law implementing the PIF Directive will not and cannot govern the exercise of EPPO's competence. DE has proposed an alternative Article 17, which would be linked to modifications in other provisions as well. The proposal of DE has the support, fully or in part, from a number of delegations. Other delegations have suggested that the applicable national law should be made available in an Annex to the Regulation or on a dedicated website.

⁵ Many delegations continue to question whether the legal basis in Article 86 TFEU covers this Article.

⁶ The need for this provision has been questioned by some. Others have noted that it must be seen in the light of the right of evocation as foreseen in Article 21a.

2. When assessing whether two set of facts are inextricably linked within the meaning of paragraph 1, account shall be taken as to whether one of the relevant offences has been instrumental in committing the other offence or to whether one offence has been committed with a view to ensuring impunity⁷.
3. An offence in accordance with Article 17 shall be considered to be preponderant:
 - a) if the damage caused or likely to be caused to the Union exceeds the damage caused or likely to be caused by the same act to the Member State or a third party, or⁸,
 - b) in case the same act, under the law of the Member State, constitutes a different type of offence: if the sanction that may be imposed in respect of the offence in accordance with Article 17 is ⁹ more severe than the sanction that may be imposed in respect of the other type of offence.
4. The European Public Prosecutor's Office and the national prosecution authorities shall consult each other in order to determine which authority should exercise its competence pursuant to paragraph 1. Where appropriate to facilitate this choice, Eurojust may be associated in accordance with Article [57].

⁷ A few delegations have suggested that this provision should rather be a recital. Others have suggested that the text should be given more detail.

⁸ Many delegations have pointed out that it would be difficult to measure and compare the financial damage, or that it would at least be difficult to know what the damage is at an early stage of investigation. The assessment of the damage may also change during an investigation. It has been suggested that this rule should be seen as a hierarchical order of criteria. An explanatory recital could be considered to address these concerns.

⁹ COM, CZ and some other delegations would add the words '*equal or*' here.

5. In case of disagreement between the European Public Prosecutor's Office and the national prosecution authorities over the exercise of competence pursuant to this Article, the national authorities¹⁰ competent to decide on the attribution of competences concerning prosecution at national level¹¹ shall decide who shall exercise the ancillary competence.

*Article 19*¹²

Exercise of the competence of the European Public Prosecutor's Office

1. The European Public Prosecutor's Office shall have has priority¹³ competence to investigate and prosecute any criminal offence referred to in Articles 17 and, where applicable, Article 18, where such offence¹⁴
- a) was committed in whole or in part within the territory of one or several Member States, or
 - b) was committed by a national of a Member State, or
 - c) when committed outside of these territories referred to in point a) of this Article by a person who was subject to the Staff Regulations or Conditions of Employment of Other Servants, at the time of the offence, provided that a Member State, according to its law, has jurisdiction for such offences when committed outside its territory.

¹⁰ A recital explaining that the notion of national authorities in this provision refers to judicial authorities or other authorities who have competence to decide on the attribution of competence in accordance with national law.

¹¹ IT, some delegations and COM would prefer to refer to the College or to the Court of Justice for these decisions (linked to Article 33 on judicial review).

¹² COM has a reservation on the lack of proper safeguards for the EPPO's priority competence: Member States should refrain from starting investigations –with the exception of taking urgent measures- until the EPPO has decided not to exercise its competence.

¹³ FI, MT, NL and PL would delete the word '*priority*' here.

¹⁴ This jurisdiction provision should at term be in principle identical with the corresponding jurisdiction provision in the PIF-Directive. Some delegations would introduce a reference to "participating Member States" in this and other provisions.

2. The European Public Prosecutor's Office shall exercise its competence by initiating an investigation in accordance with Article 21 unless the Office has become aware that national authorities have already opened an investigation in respect of the same offence. If the European Public Prosecutor's Office decides to exercise its competence, the national authorities shall not exercise an own competence in respect of the same offence. If the national authorities have already started a criminal investigation in respect of the same offence, the European Public Prosecutor's Office may take over the investigation initiated by the national authority by exercising its right of evocation in accordance with Article 21a.

CHAPTER IV

RULES OF PROCEDURE ON INVESTIGATIONS, PROSECUTIONS AND TRIAL PROCEEDINGS

SECTION 1

REPORTING AND BASIC RULES ON INVESTIGATIONS

*Article 20*¹⁵

Reporting, registration and verification of information

1. The institutions, bodies, offices and agencies of the Union, and the authorities of the Member States competent in accordance with applicable national law, shall inform without delay the European Public Prosecutor's Office of any criminal conduct which might constitute an offence within its competence.¹⁶ Information referred to in this Article shall be provided in a structured way, as established by the European Public Prosecutor's Office. The report shall include, as a minimum, a short description of the conduct, including an assessment of the damages caused or likely to be caused, and available information about victims and suspects. The report may be presented in the form of automatically generated information¹⁷.

¹⁵ FR proposes to include the following additional paragraph: *'The College may, in consultation with national authorities, upon proposal by the European delegated prosecutors, determine specific modalities of information or discharge the national authorities from their obligation to inform the European Public Prosecutor's Office regarding certain types of offences, in particular customs infringements violating Union customs legislation. Recourse to such possibility may be envisaged in particular for offences which the European Public Prosecutor's Office deems to be best dealt with by national authorities under domestic law.'* The provision should be joined with the following recital *'The European Public Prosecutor's Office, on decision by the College, upon proposal by the European delegated prosecutors, should be entitled to determine specific modalities of information or discharge the national authorities from their obligation to report regarding certain types of offences, including where the conduct caused or is likely to cause damage to the Union's financial interest of more than EUR 20 000. Recourse to such possibility could be envisaged in particular in cases of offences of minor nature in order to ensure an even exercise of competence by the European Public Prosecutor's Office, taking into account possible discrepancies in Member States' criminal law.'*

BE, ES and COM would oppose a threshold of EUR 20 000.

SI, BE has proposed that the information obligation could be linked to a review clause.

¹⁶ A recital stating the following should be considered: *'Member States should set up a system which will ensure that information is reported to EPPO as soon as possible. It is up to the Member States to decide whether to set up a direct or centralized system.'*

¹⁷ DE has concerns with the newly inserted text here. This provision would provide unlimited possibilities for the College to discharge national authorities from their obligation to inform the EPPO of PIF offences. Also, the wording seems to suggest that the College may treat national authorities differently.

The College may, in consultation with national authorities, determine specific modalities of information or discharge the national authorities from their obligation to inform the European Public Prosecutor's Office regarding certain types of offences. Recourse to such possibility may be envisaged in particular for offences which the European Public Prosecutor's Office deems to be best dealt with by national authorities.

2. Where the criminal conduct caused or is likely to cause damage to the Union's financial interest of less than EUR [20 000]¹⁸, and neither has repercussions at Union level¹⁹ which require an investigation to be conducted by the Office nor which does not involve a criminal offence has been committed by officials and other servants of the European Union or members of the institutions, the information obligation may be fulfilled through a summary report every six months²⁰. The content of the summary report may be limited to the number of criminal proceedings initiated, a number of cases where an investigation has not been initiated, the number of proceedings dismissed, the number resulting in a conviction, the number resulting in an acquittal and the number of ongoing proceedings. The report may be presented in the form of automatically generated information.

Based on such summary reports, the College shall be entitled to request national authorities to report without delay offences matching a specific pattern likely to cause damage to the Union's financial interest of less than EUR 20 000 when committed in circumstances deemed to have repercussions at Union level.

¹⁸ PL and SE, supported by AT, BE, CY, CZ, EE, ES FI, FR, HR, HU, IT, LT, NL and SI have a reservation on the reporting obligation as regard offences causing or likely to cause damages of less than EUR 10 000. IT, RO, ES, CZ, LT, DE, HR, BE, BG and COM would prefer a 10 000 threshold.

¹⁹ A definition of repercussion at Union level will be added in a recital. FR, supported by EE, ES, HR, IT and LT, proposes the following wording: '*A particular case should be considered as having repercussions at Union level inter alia where a given fraud has a transnational nature and scale, where such fraud involves a criminal organisation, or where, given the nature of the case, the European Public Prosecutor's Office would be best placed to investigate, in view of the seriousness of the damage caused to the Union's financial interests or the Union Institutions' credit and Union citizen' confidence.*' The exact wording of this recital is under discussion. BE has suggested that the College could elaborate guidelines on the meaning of the notion of repercussions. DE agrees with the proposed recital in principal but will provide a proposal for a revised wording

²⁰ COM reservation: reports should be more frequent (every 3 months as in previous versions). DE questions the usefulness of the summary report containing statistical information

3. Information provided to the European Public Prosecutor's Office shall be registered and verified by the European Public Prosecutor's Office in accordance with the Internal Rules of Procedure. The verification shall aim to assess whether, on the basis of the information provided in accordance with Article 21(1), there are grounds to initiate an investigation ²¹.
4. Where, upon verification, the European Public Prosecutor's Office decides that there are no grounds to initiate an investigation, the reasons shall be noted in Case Management system. It shall inform the national authority, the Union institution, body, office or agency, and, if requested, crime victims and other persons who provided the information, thereof. Where the information received by the European Public Prosecutor's Office reveals that a criminal offence outside of the scope of the competence of the Office may have been committed, it shall without undue delay inform the competent national authorities²².
5. The European Public Prosecutor's Office may collect or request²³ any information that is relevant for the functions of the Office ²⁴.

²¹ CZ proposes the following wording: *'Verification shall aim to assess whether the information shows that the conditions set by Articles 17 and 18 determine the competence of the Office'*. This text could be included in a recital.

²² DE considers that "crime victims and other persons" should be treated in the same way as national authorities, Union institutions etc. where they had been providing the information directly to the EPPO.

²³ DE has a reservation on the words 'may request', arguing that the text could be interpreted that the recipient of the request is required – under any circumstance – to provide the requested information.

²⁴ A recital explaining that the rules of registration and verification set out in this Article shall apply *mutatis mutandis* if the information received refers to any conduct which might constitute a criminal offence within its competence will be considered. The recital will also clarify that Member States may provide any information to the Office.

Initiation of investigations and allocation of competences within the European Public Prosecutor's Office

1. Where, in accordance with the applicable national law, there are reasonable grounds to believe that an offence within the competence of the European Public Prosecutor's Office is being or has been committed, a European Delegated Prosecutor in a Member State which according to its national law has jurisdiction in the case shall²⁵, without prejudice to the rules in Article 19(2) and 21a(3)²⁶, initiate an investigation and note this in the Case Management System²⁷.
2. The Permanent Chamber which receives the information shall instruct the European Delegated Prosecutor to initiate the investigation²⁸, in accordance with the criteria referred in paragraph 3, where no investigation has been initiated by a European Delegated Prosecutor²⁹.

²⁵ FR and NL would prefer the word "may" here.

²⁶ DE questions the appropriateness of the reference here – in particular the one to Article 21a(3) as that is a provision on the right of evocation; thus it is unclear what “without prejudice” means.”

²⁷ The following recital may be considered: *'The European Public Prosecutor's Office should, when establishing the Case Management System, ensure that the necessary information from the European Delegated Prosecutors to the Central Office is covered'*.

²⁸ The following recital should be introduced in this context: *'An investigation should be systematically initiated where there are reasonable grounds to believe that an offence falling within the EPPO's competence is being or has been committed. Such an obligation should not preclude subsequent decisions of the EPPO not to prosecute, by dismissing the case or proposing a transaction.'* DE believes that a further refinement of the draft recital is necessary.

²⁹ DE has concerns with the wording of this paragraph: competence should be exercised by the competent chamber and not by any chamber that may receive information; furthermore it should be clarified that the conditions for initiating an investigation are those of paragraph 1 and that the reference to paragraph 3 concerns the allocation of the case.

3. A case shall in principle be handled by a European Delegated Prosecutor from the Member State where the focus of the criminal activity is or, if several connected offences within the competences of the Office have been committed, the Member State where the bulk of the offences has been committed. A Permanent Chamber may only instruct a European Delegated Prosecutor of a different Member States to initiate an investigation where that Member State has jurisdiction for the case and where a deviation from the above mentioned principles is duly justified, taking into account the following criteria, in order of priority ³⁰:
- a) the place where the suspect or accused person has his/her habitual residence;
 - b) the nationality of the suspect or accused person;
 - c) the place where the main financial damage has occurred ³¹.
4. Until a decision to prosecute in accordance with Article 27 is taken, the competent Permanent Chamber in a case concerning the jurisdiction of more than one Member State may, after consultation with the European Prosecutors and/or European Delegated Prosecutors concerned, decide to:

³⁰ HU has emitted a reservation on this paragraph. DE agrees with the principals of this paragraph but considers it to be necessary to clarify that the criteria listed here also apply to the first sentence (possible deviations from “in principle”).

³¹ HU and SK would like to add additional criteria, in particular the location of the evidence. PL prefers to follow the model of bases of jurisdiction contained in other EU criminal law instruments, where '*habitual residence*' is absent or - at most - optional – hence no reason to put it in the first place in order of priority. See e.g. Directive 2001/93 and Directive 2013/40.

- a) reallocate a case to a European Delegated Prosecutor in another Member State;
- b) merge or split³² cases and in each case choose the European Delegated Prosecutor handling the case;

if such decisions are in the interest of the efficiency of investigations and in accordance with the criteria for the choice of the European Delegated Prosecutor handling the case set out in paragraph 3 in this Article.

- 5. Whenever the Permanent Chamber is taking a decision to reallocate, merge or split a case it shall take due account of the current state of the investigations.

³² The term 'split' will be explained in a recital, which could have the following wording: *'In principle a suspect shall only face one investigation or prosecution by the EPPO in order to best safeguard the rights of the defendant. Therefore the Permanent Chamber should seek to merge/combine proceedings concerning the same suspect but may refrain from doing so where this is in the interest of the efficiency of investigations or prosecutions. Where an offence has been committed by several persons, the EPPO should in principle initiate only one case and conduct investigations in respect of all suspects jointly. Where several European Delegated Prosecutors had opened investigations in respect of the same criminal offence, the Permanent Chamber should in principle merge/combine such investigations. The Permanent Chamber may decide not to merge/combine or decide to subsequently split such proceedings if this is in the interest of the efficiency of investigations, e.g. if proceedings against one suspect can be terminated at an earlier stage whereas proceedings against other suspects still have to be continued or if splitting the case could shorten the period of pre-trial detention of one of the suspects etc. In case the Permanent Chamber decides to split a case its competence for the cases should be maintained'. COM considers that splitting a case is against the spirit of EPPO, being one single office.*

Right of evocation and transfer of proceedings to the European Public Prosecutor's Office

1. When a judicial or law enforcement authority³⁴ of a Member State exercises competence in respect of a criminal offence where the European Public Prosecutor's Office could be competent and have a right of evocation in accordance with this Regulation, it shall without delay inform the European Public Prosecutor's Office so that the latter may decide whether to exercise the Office's right of evocation. The European Public Prosecutor's Office shall take its decision as soon as possible but no later than 5 days after having received all relevant information from the national authority, unless the European Chief Prosecutor³⁵ in a specific case takes a reasoned decision to prolong the time frame of 5 days with a maximum prolongation of 5 days. During this timeperiod the national authority shall refrain from taking any decision under national law which may have the effect of precluding the European Public Prosecutor's Office from exercising its right of evocation, but shall take any urgent measures necessary, according to national law, to ensure effective investigation and prosecution.
2. If the European Public Prosecutor's Office becomes otherwise aware of the fact that an investigation in respect of the same case is already undertaken by the competent authorities of a Member State, it shall inform these authorities without delay, and shall take a decision on whether to exercise its competence, after being duly informed under paragraph 1, within the time periods of the previous paragraph.

³³ CZ would like to include new paragraph on the right to delegate a case from EPPO to the competent national authorities, if EPPO finds out that it is not competent any more (for example for the reason of the damage which showed up to be lower than previously estimated and is below the threshold of the EPPO competence). COM reservation on this article: the EPPO should enjoy priority competence, and Member States should refrain from starting investigations – with the exception of taking urgent measures - until the EPPO has decided not to exercise its competence.

³⁴ MT, FI, SE would prefer to refer to 'competent authorities' here.

³⁵ FI has a reservation as regards the level of European Chief Prosecutor here.

- 2a. The European Public Prosecutor's Office³⁶ shall, where appropriate, consult competent authorities of the Member State concerned before deciding whether to exercise its right of evocation. Where the European Public Prosecutor's Office exercises its right of evocation, the competent authorities of the Member States shall transfer the proceedings to the Office and refrain from carrying out further acts of investigation in respect of the same offence except when acting on behalf of the European Public Prosecutor's Office in accordance with Article 23.
3. Where a criminal offence caused or is likely to cause damage to the Union's financial interests of less than EUR [20 000]³⁷ the European Public Prosecutor's Office shall refrain from exercising its right of evocation, unless
- a) a case has repercussions at Union level which require an investigation to be conducted by the Office, or
 - b) a case has been opened following suspicions that an offence has been committed by officials and other servants of the European Union, or members of the Institutions³⁸.
- The Office shall, where appropriate³⁹, consult the competent national authorities or Union bodies in view of establishing whether the criteria of the cases defined in (a) and (b) in this provision are fulfilled.
4. In case of an ancillary competence in accordance with Article 18, the European Public Prosecutor's Office may exercise its right of evocation in accordance with the conditions set out in that Article⁴⁰.

³⁶ CZ, NL, SK_ would prefer to refer to the European Delegated Prosecutor here.

³⁷ See footnote 17 above.

³⁸ A few delegations have questioned whether these cases always need to be handled by the Office. DE would like to include a recital to address this issue.

³⁹ CZ, NL, SK wish to delete the words '*where appropriate*'. RO would oppose such a deletion.

⁴⁰ CY, FI, MT, NL and SI have emitted general reservations as regards Article 18 in the Regulation.

5. The right of evocation in accordance with this Article may be exercised by a European Delegated Prosecutor from any Member State, whose competent authorities have initiated an own investigation in respect of an offence in accordance with Articles 17 or 18, or in cases referred to in Article 9 (3a)(b)⁴¹ upon instruction by a Permanent Chamber. Where a European Delegated Prosecutor, who has received the information in accordance with paragraph 1 and 4 of this Article considers not to exercise the right of evocation, he/she shall inform the European Prosecutor of his/her Member State with a view to enabling the Permanent Chamber to exercise the Office's right in accordance with Article 9(3a)(b). Article 21(2), (3) and (4) shall apply when the right of evocation is exercised.
6. Where the Office has refrained from exercising its right of evocation, it shall inform the competent national authority without undue delay. The competent judicial or law enforcement authorities shall at any time in the course of the proceedings inform the Office of any new facts which could give the Office reasons to reconsider its previous decision.

The European Public Prosecutor's Office may exercise its right of evocation after receiving such information, provided that the national investigation has not already been finalised and that an indictment has not been submitted to and received by a court. The decision shall be taken within the time frame set out in paragraph 1 of this Article.

⁴¹ DE has a reservation as regards the words '*or in cases referred to in Article 9(3)(a) and (b)*'.

Article 23

Conducting the investigation

1. The European Delegated Prosecutor handling the case may, in accordance with national law, either undertake the investigation and other measures ⁴² on his/her own or instruct the competent authorities in the Member State where he/she is located. These authorities shall, in accordance with national law, ensure that all instructions from the European Public Prosecutor's Office ⁴³, coming through the European Delegated Prosecutor handling the case ⁴⁴, are followed and undertake the measures assigned to them. The European Delegated Prosecutor handling the case shall report ⁴⁵ through the competent European Prosecutor to the Permanent Chamber on significant developments in the case, in accordance with the rules laid down in the Internal Rules of Procedure.
2. In cross-border cases, where measures need to be executed in another Member State, the European Delegated Prosecutor handling the case shall act in cooperation with the European Delegated Prosecutor where the measure needs to be carried out in accordance with Article 26a.
3. At any time during investigations conducted by the European Public Prosecutor's Office, the competent national authorities shall take urgent measures necessary to ensure effective investigations even where not specifically acting under an instruction given by the European Delegated Prosecutor handling the case. The national authorities shall without delay inform the European Delegated Prosecutor of the urgent measures taken.

⁴² DE would like to see the words '*and other measures*' deleted.

⁴³ NL would like to replace '*European Public Prosecutor's Office*' with '*European Delegated Prosecutors*' in this paragraph.

⁴⁴ COM and DE wishes to delete the reference to the European Delegated Prosecutor here.

⁴⁵ CZ wishes to see a recital explaining the exact meaning of the notion of report, such as how these reports should look like, how they should be prepared and who will translate them. It is presumable that European Delegated Prosecutors could take advantage of automated systems (see Article 20(2)) and that they will not be in charge of translation of the reports; it will be up to the central level to ensure necessary translations.

- 3a.⁴⁶ The European Prosecutor may propose to the Permanent Chamber to reallocate the case to another European Delegated Prosecutor in the same Member State when the European Delegated Prosecutor handling the case
- a) cannot perform the investigation or prosecution, or
 - b) fails to follow the instructions of the competent Permanent Chamber or the European Prosecutor.
4. The supervising European Prosecutor may - with the approval of that Permanent Chamber - in exceptional cases take a reasoned decision to conduct the investigation himself/herself⁴⁷, if this appears indispensable in the interest of the efficiency of the investigation or prosecution on the grounds of one or more of the following criteria:
- a) the seriousness of the offence, in particular in view of its possible repercussions on Union level⁴⁸;
 - b) when the investigation concerns Members of the institutions of the European Union;
 - c) when the European Delegated Prosecutor handling the case in the Member State cannot perform the investigation or prosecution⁴⁹.

When a European Prosecutor conducts the investigation himself/herself, he/she shall have all the powers, responsibilities and obligations of a European Delegated Prosecutor in accordance with this Regulation and national law.

The competent national authorities and the European Delegated Prosecutors concerned by the case shall be informed without delay of any decision taken under this paragraph.

⁴⁶ CZ and HU would like to explicitly clarify the consequences when the instructions given are "wrong".

⁴⁷ CY, IE, NL opposes this provision. CY, MT have noted that the provision is, as such, difficult to conciliate with common law systems. FI, HR, SI have asked for it to be clarified that a European Prosecutor who conducts the investigation himself or herself shall be appointed to be national prosecutor.

⁴⁸ BE, SI considers this criterion to be too broad.

⁴⁹ PT has noted that an explanatory recital is necessary for this point. Such a recital could have the following wording '*This condition entails that the European Delegated Prosecutor or the national authorities in charge of the investigation under his/her instructions are unable or unavailable to undertake certain measures or finalise the investigation within the time-frame set*'.

5. Investigations carried out under the authority of the European Public Prosecutor's Office shall be protected by the rules concerning professional secrecy under the applicable Union legislation. Any person participating or assisting in carrying out the functions of the European Public Prosecutor's Office shall be bound to respect professional secrecy as provided under the applicable national law.⁵⁰

Article 24

Lifting privileges or immunities

1. Where the investigations of the European Public Prosecutor's Office involve persons protected by privileges or immunities under national law, and such privilege or immunity presents an obstacle to a specific investigation being conducted, the European Delegated Prosecutor handling the case⁵¹ shall make a reasoned written request for its lifting in accordance with the procedures laid down by that national law.
2. Where the investigations of the European Public Prosecutor's Office involve persons protected by privileges or immunities under the law of the European Union, in particular the Protocol on the privileges and immunities of the European Union, and such privilege or immunity presents an obstacle to a specific investigation being conducted, the European Delegated Prosecutor handling the case shall make a reasoned written request for its lifting in accordance with the procedures laid down by Union law.

⁵⁰ CZ would add another provision here, to deal with evidence-related issues. CZ proposes the following paragraph: *'For using the information obtained within the investigation and prosecution conducted by the European Public Prosecutor's Office as evidence for the purpose of the criminal proceedings by the competent national authorities, it is not necessary to have the consent of the European Public Prosecutor's Office'*.

⁵¹ BE, BG, IT, RO and COM have suggested that this request should rather be made by European Chief Prosecutor, or following instructions from the European Chief Prosecutor or a Permanent Chamber.

SECTION 2

INVESTIGATION AND OTHER MEASURES

Article 25

The European Public Prosecutor's Office's authority to investigate

The European Delegated Prosecutor handling the case shall be entitled to order or request the same types of measures in his/her Member State which are available to investigators/prosecutors according to national law in similar national cases. In addition to the conditions set out in national law, such measures may only be ordered where there are reasonable grounds to believe that the specific measure in question might provide information or evidence useful to the investigation, and where there is no less intrusive measure available which could achieve the same objective.⁵²

Article 26

Investigation and other measures⁵³

Member States shall, in addition to the measures indicated in Article 25, ensure, at least in cases where the offence subject to the investigation is punishable by a maximum penalty of at least four years of imprisonment, and in accordance with the conditions and procedural requirements foreseen in national law and in Article 25 in this Regulation for the application of these measures, that the following measures are also available⁵⁴ under their laws to the European Public Prosecutor's Office:

⁵² DE, IT and COM would reintroduce the old paragraph 2, and FI, FR, LT the old paragraph 3, in this Article. COM opposes that the European Delegated Prosecutors deal with the lifting of immunities under EU law.

⁵³ The inclusion of following recital should be considered '*Taking into account the status of European Delegated Prosecutors in their respective Member States, they should be able to use investigative or other measures available to the national prosecutors, to the extent these measures would be lawfully available to national prosecutors in a concrete situation.*'

DE, SI, NL, SE has a reservation on the Article. SE sees three options for changing Article 26: (1) deletion of the whole article, (2) inclusion of a clear cut reference to national law without the provisions of "shall ensure", "in addition", "also". , or (3) keep the first paragraph but delete the last two points d) and e). Point d) is not really fully available in the SE legal system as the text is currently proposed. Point e) is of course available but demands a different/higher threshold than foreseen in the current wording of Article 26.

- a) search any premises, land, means of transport, private home, clothes and any other personal property or computer system, and any conservatory measures necessary to preserve their integrity or to avoid the loss or contamination of evidence;
- b) obtain the production of any relevant object or document, or of stored computer data, including traffic data and banking account data, encrypted or decrypted, either in original or in some other specified form;
- c) freeze instrumentalities or proceeds of crime, including freezing of assets, which are expected to be subject to confiscation by the trial court and there is reason to believe that the owner, possessor or controller will seek to frustrate the judgement ordering confiscation⁵⁵;
- d) freeze future financial transactions, by ordering any financial or credit institution to refrain from carrying out any financial transaction involving any specified account or accounts held or controlled by the suspected or accused person⁵⁶;
- e) intercept electronic communications to and from the suspected person, on any electronic communication connection that the suspected or accused person is using⁵⁷.

*Article 26a*⁵⁸

Cross-border investigations

1. The European Delegated Prosecutors shall assist and regularly consult each other in cross-border cases. Where a measure needs to be undertaken in a Member State other than the Member State of the European Delegated Prosecutor handling the case, the latter shall assign the measure to a European Delegated Prosecutor⁵⁹ located in the Member State where that measure needs to be carried out.

⁵⁵ DE would like c) to be deleted.

⁵⁶ DE, PL would like d) to be deleted, COM and FR oppose the deletion.

⁵⁷ MT would like to delete e), based on the reluctance of national authorities to use it.

⁵⁸ There are many diverging views on the content of this provision. This text is an attempt by the Presidency to reconcile as many as possible of the views expressed by delegations. AT, DE have proposed an alternative content and structure of the Article, and have received support from a number of delegations for this. FI, with support of AT, CZ, DE, MT, PL, SE has suggested an additional Article to be added to the AT/DE proposal. Some delegations have also suggested that the European Delegated Prosecutors should be able to apply the instruments of mutual recognition. SE has noted a reservation on the whole text of the Article.

⁵⁹ A separate provision that will ensure clarity as regards which European Delegated Prosecutor to contact in this context will be added to the Regulation.

2. The European Delegated Prosecutor handling the case may assign any measure in his or her competence in accordance with this Regulation or with national law of the Member State where he or she is located. The adoption and justification of such measures shall be governed by the law of the Member States of the European Delegated Prosecutor handling the case⁶⁰.

The enforcement of such measures, including conditions, modalities and procedures for taking such measures, shall be governed by the law of the Member State of the assisting European Delegated Prosecutor.

3. The assignment shall set out, in particular, a description of the measures(s) needed, and where necessary any specific formalities that have to be complied with, where available and relevant for the handling of the case, the evidence to be obtained, the description of the facts and the legal qualification of the criminal act which is the subject of the investigation. The assignment may call for the measure to be undertaken within a given time.
4. Where the law of the Member State of the assisting European Delegated Prosecutor requires judicial authorisation for a particular measure, it shall be obtained by him/her. Where the law of the Member State of the assisting European Delegated Prosecutor does not require such a judicial authorisation, but the law of the Member State of the European Delegated Prosecutor handling the case requires it, the authorisation shall be obtained by the latter European Delegated Prosecutor.⁶¹

If judicial authorisation for the assigned measure is refused, the European Delegated Prosecutor handling the case shall withdraw the assignment.

⁶⁰ A recital with the following wording will be considered: *'The European Delegated Prosecutor handling the case should assess the specific need for certain evidence gathering measures, taking into account, from a procedural perspective, the prerequisites set in the law of his MS for ordering the evidence gathering measure or for asking the judicial authorisation, in full respect of the division of judicial powers.'*

⁶¹ Many delegations have criticised this paragraph on different grounds. The following recital maybe considered to accompany the paragraph: *'The purpose of the rules on judicial authorisation of measures in cross-border cases should ensure that the duplication of the procedure of judicial authorisation can be avoided. In principle judicial authorisation should be ensured in all the cases if the law of the handling or assisting Member States provides for such authorisation. In order to ensure efficient investigation, the authorisation of the assisting Member State should be given priority. Authorisation of the handling Member State should only be sought, if the law of the assisting Member State does not require the authorisation, but the law of the handling Member State does'.*

In principle, the remedies against decisions regarding such judicial authorisation shall be governed by the law of the Member State in which the decision is taken. The place in the Regulation of the provision saying this remains to be determined.

5. The assisting European Delegated Prosecutor shall undertake the assigned notified measure, or instruct the competent national authority to do so. The assisting European Delegated Prosecutor shall thereby comply with the formalities and procedures expressly indicated by the European Delegated Prosecutor handling the case, provided that such formalities and procedures are not contrary to fundamental principles of law .
6. Where the assisting European Delegated Prosecutor considers that:
- a) the assignment is incomplete or contains a manifest relevant error,
 - b) the measure cannot be undertaken within the time limit set out in the assignment for justified and objective reasons,
 - c) an alternative measure would achieve the same results as the measure assigned, or
 - d) the assigned measure does not exist or would not be available in a similar domestic case under the law of his or her Member State⁶²,
- he or she shall consult with the European Delegated Prosecutor handling the case in order to resolve the matter bilaterally.
7. If the European Delegated Prosecutors cannot resolve the matter within 7 working days and the assignment is maintained, the matter shall be referred to the competent Permanent Chamber. The same applies where the assigned measure is not undertaken within the time limit set out in the assignment or within a reasonable time.
8. The competent Permanent Chamber shall to the extent necessary hear the European Delegated Prosecutors concerned by the case and then decide without undue delay whether and by when the measure needed, or a substitute measure, shall be undertaken by the assisting European Delegated Prosecutor, and communicate this decision through the competent European Prosecutor⁶³.

⁶² Some delegations have suggested that it should explicitly be stated that also national law implementing Article 26 a) to e) is covered by this provision.

⁶³ A number of delegations have noted that the link between this provision and Article 9 may need to be clarified.

Article 26b

Pre-trial arrest and cross-border surrender

1. The European Delegated Prosecutors may order or request from the competent judicial authority the arrest or pre-trial detention of the suspected or accused person in accordance with national law.
2. Where the arrest and surrender of a person who is not present in the Member State in which the European Delegated Prosecutor handling the case is located, is necessary, the latter shall, for the purpose of conducting a criminal prosecution, issue or request the competent authority of that Member State to issue a European Arrest Warrant in accordance with Council Framework Decision 2002/584/JHA on the European arrest warrant and the surrender procedures between Member States.

SECTION 3 ⁶⁴

TERMINATION OF THE INVESTIGATION AND POWERS OF PROSECUTION

Article 27 ⁶⁵

Prosecution before national courts

1. When the European Delegated Prosecutor handling the case considers the investigation to be completed, he/she shall submit a summary of the case with, where applicable, a draft indictment to the competent European Prosecutor and Permanent Chamber for review. Where it does not instruct to dismiss the case pursuant to Article 28, the Permanent Chamber, acting through the competent European Prosecutor, shall instruct the European Delegated Prosecutor to bring the case before the competent national court with an indictment, or refer it back for further investigations. ⁶⁶

⁶⁴ DE proposes a new Article X, as well as a redrafting of Articles 27 and 28.

⁶⁵ It has been suggested that a new Article with an enumeration of the decisions that the Office can take to terminate an investigation are indicated should be introduced before this provision. CZ would prefer the wording included in doc 14710/14.

⁶⁶ The phrase '*If the European Delegated Prosecutor has not received any instruction in this sense within [x working days], it may decide to bring the case to the competent national Court on its proper initiative*' has been deleted following recent discussions in Council, during which a majority of delegations have spoken out against decision-making through silent procedure.

2. The competent Permanent Chamber shall determine, in close consultation with the European Delegated Prosecutor submitting the case, the Member State in which the prosecution shall be brought. The Permanent Chamber shall in principle bring the prosecution in the Member State of the European Delegated Prosecutor handling the case. The Chamber may determine another Member State, which has jurisdiction in the case, if there are sufficiently justified grounds related to the criteria for determining the European Delegated Prosecutor handling the case in Article 21(3)⁶⁷.
3. The competent national court is determined on the basis of national law.
4. Where necessary for the purposes of recovery, administrative follow-up or monitoring, the Central Office shall notify the competent national authorities, the interested persons and the relevant Union institutions, bodies, agencies of the indictment.

Article 28

Dismissal of the case⁶⁸

1. The competent Permanent Chamber shall, on proposal from the European Delegated Prosecutor handling the case⁶⁹, dismiss the case against a person where prosecution has become impossible on account of any of the following grounds⁷⁰:
 - a) death of the suspect or accused person;
 - b) amnesty granted in the state which has jurisdiction in the case;
 - c) immunity granted to the suspect, unless it has been lifted;
 - d) expiry of the national statutory limitation⁷¹ to prosecute;

⁶⁷ Many delegations have called for specific rules on judicial review of the decision on jurisdiction of trial.

⁶⁸ CZ has concerns as regards cases when an accused person insists on prosecution. CZ has also noted further concerns regarding this Article linked to the handling of investigation in practice in CZ.

⁶⁹ It may be necessary to clarify that the law of the European Delegated Prosecutor handling the case will apply here.

⁷⁰ Delegations have made a number of suggestions as regards the grounds. A criterion regarding permanently deranged persons has been called for, and a link to the prescription rules has also been asked for.

⁷¹ SK has raised the question under which national law this expiry should be assessed in cross-border cases.

- e) the suspect or accused person has already been finally acquitted or convicted of the same facts within the Union or the case has been dealt with in accordance with Article 29;
 - f) lack of relevant evidence.
2. A decision in accordance with paragraph 1 shall not bar further investigations on the basis of new facts, which could not have been known to the European Public Prosecutor's Office at the time of the decision and which become known hereafter and before expiry of applicable statutory limitations in all Member States where the case can be brought to judgment. The decision to reopen investigations on the basis of such new facts shall be taken by the competent Permanent Chamber.
3. Where a case has been dismissed, the Central Office shall officially notify the competent national authorities and shall inform the relevant Union institutions, bodies and agencies, as well as suspects or accused and the injured party, thereof.⁷² The cases dismissed may also be referred to OLAF or to competent national administrative or judicial authorities for recovery, other administrative follow-up or monitoring.
4. Where an investigation initiated by the European Public Prosecutor's Office reveals that the conduct subject to investigation may constitute a criminal offence, which is not within its competence, the European Public Prosecutor's Office shall refer the case without delay to the competent national authorities.

⁷² A number of delegations have requested that a more detailed rule on *ne bis in idem* should be inserted in this Article, in particular in relation to point e).

Transactions

1. After obtaining the approval of the competent Permanent Chamber, the European Delegated Prosecutor handling the case may propose⁷⁴, to the suspect to pay a lump-sum fine which, once paid, entails the final dismissal of the case (transaction), if the following cumulative criteria are satisfied:
 - aa) the offence has not been committed in circumstances that may be considered to be particularly serious, for example since the level of guilt of the suspect cannot be considered to be particularly severe;
 - a) the damages caused in total, to the Union's financial interests as well as to other victims, does not exceed 50 000⁷⁵ euros;
 - b) it would serve the purpose of proper administration of justice and the general criminal law objectives;
 - c) the damage has been compensated to all victims;
 - d) the suspect has neither been the subject of a transaction under this Regulation nor been convicted of offences affecting the Union's financial interests before.
2. The suspect shall have the right to receive legal advice on the advisability of accepting or refusing the proposal for the transaction as well as on its legal consequences, in accordance with national law.
3. The European Public Prosecutor's Office shall ensure that the amount of the fine is proportionate to the damage caused and to the suspect's financial means. The amount of the fine shall be calculated in accordance with the method of calculation defined by the rules referred to in Article 72 (e)⁷⁶.

⁷³ Some delegations would prefer if this Article is deleted from the Regulation, or that the provision give Member States the possibility to apply alternative mechanisms instead. CZ, DE, SI are of the opinion that a thorough revision of this Article is necessary. AT has submitted an alternative drafting proposal for the Article which was supported by DE.

⁷⁴ BE, FI, HU, MT, NL, PT and SE would keep a reference to national law here.

⁷⁵ FR and NL consider the threshold to be too low.

⁷⁶ RO has requested that a more precise method for calculation should be included already in this Article.

- 3a. When a judicial authorisation of a transaction is required under the law of the Member State of the European Delegated Prosecutor handling the case, the said European Delegated Prosecutor shall seek such authorisation before communicating the final transaction proposal to the suspect.
- 3b. Where the European Public Prosecutor's Office exercises a competence in accordance with Article 18 (1), the decision to offer a transaction shall be taken only with the consent of the competent national authorities of the Member State concerned. Where the competent authorities deny giving their consent, the European Public Prosecutor's Office may refer the case to the judicial authorities of the Member State for further investigation or prosecution [in accordance with Article 28a (2)].
4. The transaction proposal shall set out the alleged facts, the identity of the suspect, the alleged offence, the compensation of the damage caused and the commitment of the European Public Prosecutor's Office to dismiss the case if the suspect agrees with this proposal and pays the fine to the Union budget, as well as the time-limit within which the suspect has to pay the fine, which shall not exceed 4 months. Where the suspect agrees to such proposal, he/she shall pay within the set time-limit following receipt of the proposal of the European Public Prosecutor's Office. The European Public Prosecutor's Office can upon the request of the suspect extend the period for the payment by another [15/30/45] days, where this is justified.
5. The European Public Prosecutor's Office shall supervise the collection of the financial payment involved in the transaction. Where the fine is paid by the suspect within the time-limit set out in paragraph 4, the European Delegated Prosecutor handling the case shall finally dismiss the case and notify the competent national authorities and shall inform the relevant Union institutions, bodies, agencies and injured parties thereof. The transaction shall be noted in the Case Management System of the European Public Prosecutor's Office.
6. If the proposed fine is not paid within the time set out in paragraph 4 the European Delegated Prosecutor handling the case shall continue the prosecution of the case.
7. The European Public Prosecutor's Office or the competent national authorities may not prosecute the suspect for the same facts which constituted the offence being the subject of the final dismissal through a transaction.

SECTION 4

ADMISSIBILITY OF EVIDENCE

Article 30

Admissibility of evidence⁷⁷

1. Evidence presented by the prosecutors of the European Public Prosecutor's Office to the trial court, where the court considers that its admission would not adversely affect the fairness of the procedure or the rights of defence or other rights as enshrined in the Charter of Fundamental Rights of the European Union, shall [not be subject to/be admitted in the trial without] any validation or similar legal process even if the national law of the Member State where the court is located provides for different rules on the collection or presentation of such evidence.
2. Once the evidence is admitted, the competence of national courts to assess freely the evidence presented by the prosecutors of the European Public Prosecutor's Office at trial shall not be affected.

⁷⁷ Many delegations have noted that this provision can only be finalised when the final wording of Article 27 will be there. Some delegations have called for a more explicit and detailed rule, in particular as regards illegally collected evidence. A few delegations have asked for a reference to national constitutions to be added. The text of this Article may need to be reassessed as a result of the outcome of discussions on Article 26a.

SECTION 5

CONFISCATION

Article 31

Disposition of the confiscated assets ⁷⁸

Where, in accordance with the requirements and procedures laid down by national law including the national law implementing Directive 2014/42, the competent national court has decided by a final ruling to confiscate any property related to, or proceeds derived from, an offence within the competence of the European Public Prosecutor's Office, Member States shall ensure that the monetary value of such property or proceeds shall ultimately be transferred to the Union's budget, to the extent necessary to compensate the prejudice caused to the Union and to administrative measures such as the recovery of any amounts lost as a result of irregularities or negligence. This transfer shall not prejudice the rights of other victims subject to their legitimate claims.

CHAPTER V

PROCEDURAL SAFEGUARDS

Article 32 ⁷⁹

Scope of the rights of the suspects and accused persons as well as other persons involved

1. The activities of the European Public Prosecutor's Office shall be carried out in full compliance with the rights of suspected persons enshrined in the Charter of Fundamental Rights of the European Union, including the right to a fair trial and the rights of defense.

⁷⁸ Some delegations have questioned whether there is a legal basis for this provision. Others have suggested that national law should apply in this area. Some delegations have requested that clarifying and detailed provisions on, for example, how money should be collected must be added, how claims should be made, how the monetary value shall be decided etc. It has also been requested that it must be ensured that the EU will not receive the same money twice, first through recovery and then from confiscated proceeds.

⁷⁹ Many delegations have underlined that provisions on access to the file for in particular suspected persons must be included in the Regulation. Some delegations would prefer to delete the list of instruments in this provision, and move it to the recitals. Some have also noted that precisions as regards applicable law are needed.

2. Any suspect and accused persons as well as other persons who are a party in the criminal proceedings of the European Public Prosecutor's Office shall, as a minimum, have the procedural rights as they are provided for in Union law, including directives concerning the rights of individuals in criminal procedures, such as:
 - (a) the right to interpretation and translation, as provided for in Directive 2010/64/EU of the European Parliament and of the Council,
 - (b) the right to information and access to the case materials, as provided for in Directive 2012/13/EU of the European Parliament and of the Council,
 - (c) the right of access to a lawyer and the right to communicate with and have third persons informed in case of detention, as provided for in Directive 2013/48/EU of the European Parliament and of the Council of 22 October 2013 on the right of access to a lawyer in criminal proceedings and in European arrest warrant proceedings, and on the right to have a third party informed upon deprivation of liberty and to communicate with third persons and with consular authorities while deprived of liberty,
 - (d) the right to remain silent and the right to be presumed innocent as provided for in Directive 201x/xx/EU of the European Parliament and of the Council to strengthen the presumption of innocence and the right to be present at trial in criminal proceedings,
 - (e) the right to legal aid as provided for in Directive 201x/xx/EU of the European Parliament and of the Council on the right to provisional legal aid for citizens suspected or accused of a crime and for those subject to a European Arrest Warrant,
3. Without prejudice to the rights provided in this Chapter, suspects and accused persons as well as other persons involved in the proceedings of the European Public Prosecutor's Office shall have all the procedural rights available to them under the applicable national law.

CHAPTER VI

JUDICIAL REVIEW

Article 33

Judicial review⁸⁰

OPTION 1:

When adopting procedural measures in the performance of its functions, the European Public Prosecutor's Office shall be considered as a national authority for the purpose of judicial review.

OPTION 2:

1. Only procedural measures taken by the European Public Prosecutor's Office on the basis of Articles [18(6)⁸¹, 27(4)] [and] shall be subject to review of their legality before the Court of Justice of the European Union in accordance with Article 263 of the Treaty⁸².
2. Without prejudice to Article 267 of the Treaty, the courts of Member States shall be competent to review other procedural decisions taken by the European Public Prosecutor's Office in the performance of its functions, in accordance with the requirements and procedures laid down by national law⁸³.

⁸⁰ A relative majority of delegations prefer option 2, but most delegations still believe that the options need to be modified slightly or clarified.

⁸¹ Article 18(5) on ancillary competence should be redrafted as a consequence of this provision. DE does not consider this to be the right approach as Article 18(5) applies only in case of disagreement between the authorities while the question of access to judicial review for the suspect also may arise when the involved authorities do agree.

⁸² A Recital should set out the criteria taken into account to limit the competence of the ECJ on actions for annulment to those specific cases, in the light of relevant objectives and principles.

⁸³ A Recital should be added to explain that the principles of equivalence and effectiveness as interpreted by the case law of the Court of Justice should be respected. Another recital should clarify that this provision is without prejudice to Article 267 of the Treaty, in particular preliminary rulings on the interpretation of Union law, on the validity of this Regulation and of procedural decisions taken by the European Public Prosecutor's Office. Finally another Recital should also clarify the issue of judicial review of procedural decisions taken by the European Public Prosecutor's Office which are governed by national law.